



Impulse

Jahrgang 62

Ausgabe 2 / 2023

Landtagswahl 2023: Die Parteien stellen sich den Fragen des glb

- 06 *glb Wahlprüfsteine: Das antworten
die Landtagsparteien*
- 25 *Gewerkschaftstag des dbb Hessen*
- 35 *Einladung zum Seniorentreffen*



dbb
beamtenbund
und tarifunion



Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer
an beruflichen Schulen in Hessen e. V.
– Gewerkschaft für berufliche Bildung
im Deutschen Beamtenbund (dbb) –



**Zeitschrift des Gesamtverbandes der Lehrerinnen
und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V.**

I N H A L T *Ausgabe Juni 2023*

3 Vorwort

4 Aktuelles

- Die Zukunftsfähige Berufsschule
- glb Wahlprüfsteine: Das antworten die Landtagsparteien
- Der Hype um das Abitur und die Unterschätzung der dualen Ausbildung
- Deutscher Lehrerverband und Hessischer Philologenverband begrüßen Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium Dr. Manuel Lösel
- Gewerkschaftstag des dbb Hessen
- Leitungsteam der Fachpraxis-Koordinatoren/-innen im Austausch mit dem AGD-Vorsitzenden

28 Pressemitteilungen

- Aliceschule in Gießen erhält Auszeichnung als »Grenzenlos-Schule«
- Der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung e. V. (BvLB) fordert verstärkte Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der dualen Berufsausbildung

30 Aus den Kreisverbänden

- Neuwahlen auf der glb-Mitgliederversammlung im KV-Darmstadt-Dieburg
- Rudolf Bersch im wohlverdienten Ruhestand
- Berufsmesse an der Ludwig-Geißler-Schule speziell für Elektro-, Datentechnik und Maschinenbau
- Am Girls day zeigt Ludwig-Geißler-Schule alle ihre Schwerpunkte
- Schulsanitätsteam der LGS besucht Messe »RETTmobil« in Fulda
- Unterwegs auf dem P21 zum Point India

35 In eigener Sache

- Einladung zum Seniorentreffen
- Besser geht's nicht Die glb Hessen-Mastercard Gold
- Mit der glb Hessen-Mastercard sorgenfrei in den Urlaub 2023
- Versand der Impulse als PDF
- Vervollständigung der Mitgliederdatensätze
- Änderungsmitteilungen

IMPRESSUM

Zeitschrift des Gesamtverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V.

Herausgeber: Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V., Somborner Straße 21, 63517 Rodenbach
Telefon 06184 2056657, Telefax 06184 2056658, E-Mail glb.hessen@t-online.de

Gestaltung/Druck: Werbung und Druck M. Kroeber GmbH
Vogelsbergstraße 5, 63589 Linsengericht, Telefon 06051 9742-0, Telefax 06051 9742-42, E-Mail printinfo@kroeber.com

Redaktion: Dr. Christian Lannert, Monika Otten, E-Mail glb-hessen@t-online.de

Manuskripte: Berichte oder Manuskripte werden gern entgegengenommen. Mit der Einsendung bestätigt der Verfasser, dass die Vorlage frei von Rechten Dritter ist. Die Redaktion behält sich eine Veröffentlichung, eine Auswahl, eine Kürzung oder eine redaktionelle Zusammenfassung vor bzw. berichtet über Inhalte. Für die Inhalte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge decken sich nicht unbedingt mit der Meinung des glb und dessen Redaktion. Honorare werden keine vergütet. Für Druckfehler wird keine Haftung übernommen. Der Verfasser stimmt einer Veröffentlichung der Impulsausgabe auf der Homepage zu und gestattet den Versand der Ausgabe mit E-Mail.

Erscheinungsweise: 4-mal jährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

ISSN: 1869-3733

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Die Landtagswahlen stehen vor der Tür. Dies haben wir wieder zum Anlass genommen, verschiedenen politischen Parteien unsere Wahlprüfsteine vorzulegen und Gespräche in verschiedenen Konstellationen mit den bildungspolitischen Sprecher*innen und weiteren Vertreter*innen der Parteien zu führen. Die schriftlichen Antworten finden Sie in der vorliegenden Ausgabe. Selbstverständlich haben wir den Austausch auf der politischen Ebene genutzt, um die Anliegen der Lehrkräfte an Beruflichen Schulen eindringlich darzulegen. Die Antworten zu unseren Fragen und Anliegen werden wir auf der Klausurtagung des glb im September eingehend erörtern und Forderungen des glb daraus ableiten und wiederum in die politische Diskussion einbringen.

Gerne können Sie uns für die geplante Klausurtagung auch Ihre Anregungen zu den Ergebnissen unserer Gespräche oder auch zu anderen Themen mit auf den Weg geben. Nach den Landtagswahlen stehen die Vorbereitungen auf die nächste Personalratswahl im Frühjahr 2024 an und auch darauf möchten wir uns gut vorbereiten und Ihre Interessen vertreten!

Durch den Arbeits- und Fachkräftemangel werden auch gleichstellungspolitische Fragen im Wahlkampf aufgeworfen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf thematisiert. Während die Hessische Landesregierung leider nur rudimentäre und weitgehend redaktionelle Änderungen am Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGLG) vorgesehen hat, gab es zwei umfassende Entwürfe anderer Parteien, die eine, m. E. in weiten Teilen wünschenswerte, grundsätzliche Novellierung vorsahen.

Jedoch ist ein Gesetz das eine und das Handeln vor Ort das andere. Es sollte selbstverständlich sein, dass beide Elternteile Erziehungszeiten nehmen und sich um erkrankte Kinder und pflegebedürftige Angehörige kümmern. Sätze wie »Kann das nicht Ihre Frau machen?« müssen der Vergangenheit angehören.

Sorgearbeit ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe und wird immer noch zu großen Teilen von Frauen übernommen. Auf der anderen Seite haben wir viele gut qualifizierte Frauen, die uns auch in den Schulen als Lehr- und Führungskräfte fehlen. Warum werden Väter immer noch gesellschaftlich weniger wertgeschätzt, wenn sie Sorgearbeit übernehmen wollen und erleiden ähnliche Nachteile im beruflichen Fortkommen wie Frauen?

Der demografische Wandel schlägt mit voller Wucht zu. Können wir uns obengenanntes Verhalten noch leisten?

Herzlich gratulieren möchte ich an dieser Stelle Heini Schmitt zur Wiederwahl zum dbb Hessen Landesvorsitzenden sowie allen Mitgliedern im Landesvorstand zur Wiederwahl bzw. zur Neuwahl. Die mehr als 180 Delegierten des 20. Gewerkschaftstags

des dbb Hessen in Darmstadt haben Heini Schmitt mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. Er erhielt 92 Prozent der Stimmen und wird den Verband die nächsten fünf Jahre führen. Zu den Delegierten gehörten für den glb neben mir auch die Landesvorstandsmitglieder Britta Bergmann und Carsten Noll. Lesen Sie zum Gewerkschaftstag die ausführliche Pressemitteilung des dbb Hessen. Insbesondere die Ausführungen zur Besoldung von Heini Schmitt und des Hessischen Innenministers Peter Beuth verdienen besondere Aufmerksamkeit.

Im Ministergespräch mit verschiedenen Verbandsvertreter*innen haben wir im Februar das Thema Fachlehrkräfte ebenso wie in unseren Gesprächen mit den bildungspolitischen Vertreter*innen der verschiedenen Parteien angesprochen und eindringlich um eine Verbesserung gebeten und unterstützen die drei Kernforderungen der Fachlehrkräfte, die in verschiedenen Resolutionen veröffentlicht wurden. Lesen Sie dazu auch die Antworten der Parteivertreter*innen zu unseren Wahlprüfsteinen.

Am 28. April haben die vier dbb Lehrerverbände ein Gespräch mit dem Kultusminister und verschiedenen Vertreter*innen des Hessischen Kultusministeriums geführt, u. a. wurde das Thema Gewalt gegen Beschäftigte thematisiert. Wir bleiben auch im Kontext des dbb Hessen weiter am Ball und setzen uns auf diesem Wege für die gemeinsamen Interessen der dbb-Lehrerverbände ein.

Weitere HKM-Gespräche auf verschiedenen Ebenen und zu verschiedenen Themen sind bereits terminiert und werden von mir wahrgenommen werden.

Im Hinblick auf die »Zukunftsfähige Berufsschule« finden Sie in der vorliegenden Ausgabe einen Artikel von Jürgen Fachinger und mir zu einem Gespräch im November vergangenen Jahres mit Frau Ulrike Rüger, Großreferatsleiterin »Berufliche Schulen, lebensbegleitendes Lernen« und der damals für die Berufsschule zuständigen Referentin Frau Dr. Kerstin Seitz.

Der Deutsche Lehrerverband Hessen, zu dem auch der glb zählt, und der Hessische Philologenverband begrüßten den Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium, Herrn Dr. Manuel Lösel, zu einem umfassenden Informationsaustausch. Sie finden den Bericht dazu in der vorliegenden Ausgabe unserer Verbandszeitschrift.

Ich möchte gerne auch die Gelegenheit nutzen Christiane Nierula-Riese zur Wiederwahl als Vorsitzende des KV-Darmstadt-Dieburg zu gratulieren sowie den weiteren Mitgliedern des Kreisvorstandes und ihnen allen herzlich für ihr Engagement danken. Mein Dank gilt auch Rudolf Bersch, der einige Jahre als stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes tätig war und nun in den wohlverdienten Ruhestand tritt.



Hinweisen möchte ich weiterhin auf verschiedene interessante Artikel zu Aktivitäten der Ludwig-Geißler-Schule sowie den Bericht über die Wanderung des glb-Kreisverbandes Werra-Meißner zum Point India an der ehemaligen innerdeutschen Grenze.

Einen lesenswerten Artikel unseres Landesvorstandsmitglieds Britta Bergmann finden Sie auch unter dem Titel »Der Hype um das Abitur und die Unterschätzung der dualen Ausbildung«.

Zum Schluss möchte ich Sie noch auf die Einladung zum Senior*innentreffen aufmerksam machen

und eine herzliche Einladung an alle diejenigen aussprechen, die sich angesprochen fühlen. Sie müssen sich noch nicht im Ruhestand befinden, um teilnehmen zu können!

Herzliche Grüße und alle guten Wünsche für die letzten Schulwochen und die sich daran anschließenden wohlverdienten unterrichtsfreien Wochen

Ihre
Monika Otten
glb-Landesvorsitzende



Nach langer Coronapause war es wieder möglich mit Frau Ulrike Rüger, Großreferatsleiterin »Berufliche Schulen, lebensbegleitendes Lernen« und der für die Berufsschule zuständigen Referentin Frau Dr. Kerstin Seitz ein Gespräch in Präsenz zu führen. Schwerpunkt des gemeinsamen Austausches war das Thema »Zukunftsfähige Berufsschule«.

nicht zwangsläufig eine Qualitätssteigerung. Dahingehend ist der Begriff »Zukunftsfähige Berufsschule« u. E. irreführend, da es nach Meinung des glb mehr Themen gibt, die unter »zukunftsfähig« zu benennen bzw. zu konkretisieren sind und auch entsprechend bearbeitet werden müssen.

Betont wird seitens des HKM, dass sowohl Berufsschulstandorte gesichert als auch der ländliche Raum gestärkt werden sollen. Um dieses Ziel zu erreichen, sei eine deutliche Absenkung der Mindestklassengröße von bisher 15 Schülerinnen und Schülern auf zwölf im ersten, neun im zweiten, acht im dritten und fünf im vierten Ausbildungsjahr erfolgt.

Zudem würden die nach den Rahmenlehrplänen zulässigen Möglichkeiten einer gemeinsamen Beschulung ausgeschöpft. Die Schulen profitierten bereits jetzt von der neuen Zuweisung. Erst und nur wenn die Mindestklassengrößen vor Ort nicht mehr erreicht werden könnten, erfolge an den regional und landesweit zuständigen Berufsschulen eine Konzentration. Die Blockbeschulung werde ausgeweitet.

Auf die Frage hinsichtlich der Affinitäten wurde uns mitgeteilt, dass die affinen Berufe im Planungssystem Personal und Budget (PPB) programmiert seien. Sie seien auf KMK-Ebene vorgegeben und für die jeweiligen Berufe in den jeweiligen Rahmenlehrplänen unter Teil IV Berufsbezogene Vorbemerkungen zu finden.

Natürlich ist ein Blick in die jeweiligen Rahmenlehrpläne möglich, wünschenswert ist aber auch eine öffentlich zugängliche Liste mit affinen Berufen. Diese Liste unterliegt sicherlich ständigen Aktualisierungen. Diese sollten für alle Beteiligten leicht zugänglich sein, was über das Planungssystem Personal und Budget (PPB) nur begrenzt möglich ist.

Im Hinblick auf die Standortfrage wurde seitens des glb angemerkt, dass Berufsschüler*innen auch die Möglichkeit haben müssen, die Berufsschulen in einer angemessenen Zeit zu erreichen. Nicht alle Schülerinnen und Schüler verfügen über einen eigenen PKW und im ländlichen Raum ist der ÖPNV sehr lückenhaft. Seitens des HKM wird eine Fahrtzeit von 90 Minuten für die einfache Strecke als zumutbar bezeichnet. Hierbei handelt es sich



GESPRÄCH IM HESSISCHEN KULTUSMINISTERIUM AM 25.11.2022

Die Zukunftsfähige Berufsschule

VON MONIKA OTTEN UND JÜRGEN FACHINGER

Bei den Vorbereitungen zu diesem Gespräch hat uns der Titel »Zukunftsfähige Berufsschule« insofern irritiert, als dass seitens des Hessischen Kultusministeriums (HKM) eine Beschreibung dieses Vorhabens vorhanden ist, die u. E. den Begriff nur ansatzweise klar definiert. Es stellt sich uns so dar, dass damit im Wesentlichen die Zuweisung für das duale System aufgrund von Affinitäten vorgenommen wird und die damit verbundene Standortfrage eine Rolle spielt. Zwar wird als Ziel benannt, die Qualität der dualen Ausbildung weiter stärken zu wollen, doch wie diese Qualitätsstärkung aussehen soll, wird nicht eingehend erläutert. Durch eine Bündelung in regionalen Fachklassen, Landes- oder Bundesfachklassen entsteht

um eine bundeseinheitliche Rechtsprechung, die sich auf Schülerinnen und Schüler aller allgemeinbildender und beruflicher Schulen bezieht, die das sechzehnte Lebensjahr erreicht haben. Der glb sieht diese Vorgabe von 90 Minuten für die einfache Strecke als problematisch und begründet dies damit, dass die Attraktivität einer Ausbildung sowohl für die Auszubildenden als auch für die Betriebe dadurch leidet. Da teilweise auch Blockunterricht notwendig wird, muss hier die Unterbringungsfrage abschließend und unter Einbeziehung der Betroffenen im Rahmen deren finanzieller Möglichkeiten geklärt werden.

Die Definition von »ländlicher Raum« ist im Rahmen dieses Gesprächs unklar geblieben und bedarf einer Präzisierung, da es politischer Auftrag ist, diesen »ländlichen Raum« zu stärken. Insgesamt gesehen ist auch die Aussage einer Stärkung dieser Gebiete klarer zu definieren und kriteriengeleitet zu hinterlegen. Nur dann sind eine Gleichbehandlung und zielbezogene Strukturförderung möglich. Allgemeine Absichtserklärungen sind hier wenig zielführend.

Der glb fragte aufgrund von Rückmeldungen aus der Basis, wer die Akteure des Prozesses seien. Seitens des HKM wird erwidert, dass es Gespräche mit den Schulleiter*innen gegeben habe. Gespräche mit den Schulträgern, den dem HKM benannten Vertreterinnen und Vertretern

der Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes werden geführt. Seitens des HKM wird versichert, dass Innungen und Kammern beraten, die Entscheidung nach Abwägung aller Argumente aber vom HKM getroffen werde.

In diesem Kontext wurde auch der Praxisbeirat angesprochen. Nach Angabe des HKM setzt sich dieser aus vier Schulleiter*innen und vier Dezernent*innen zusammen. Es sollen die unterschiedlichen Regionen in Hessen berücksichtigt werden (z. B. Nord/Süd), ebenso Stadt und Land als auch verschiedene Fachrichtungen wie z. B. Wirtschaft und Technik. Es handelt sich um ein beratendes Gremium, das das Projektteam in der Umsetzung berät.

Insgesamt fordert der glb eine Informationspolitik, die es den Betroffenen (u. a. Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Betriebe, Innungen, Kammern, etc.) ermöglicht, die Prozesse und Entscheidungsketten nachvollziehen und Einwände rechtzeitig zum Ausdruck bringen zu können.

Abgesehen von der Thematik »Zukunftsfähige Berufsschule« wurde auch noch Folgendes angesprochen:

Der nächste Digitalpakt 2025 soll dafür sorgen, dass die Versorgung der Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten weiterhin gesichert ist. Hier ist frühzeitig zu klären, welche digitalen Endgeräte insbesondere die Beruflichen Schulen benötigen, um dem digitalen Wandel und den sehr berufs-



Quellen:



<https://kultusministerium.hessen.de/Presse/Hessen-staerkt-duale-Ausbildung>



<https://digitale-schule.hessen.de/digitale-infrastruktur-und-verwaltung/planungssystem-personal-und-budget-ppb>



<https://www.kmk.org/themen/berufliche-schulen/duale-berufsausbildung/rahmenlehrpläne-und-ausbildungsordnungen.html>



https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2021/2021_06_17-GEp-Handreichung.pdf

glb Wahlprüfsteine: Das antworten die Landtagsparteien

Herausforderungen durch aktuelle und zukunftsbezogene Entwicklungen

Mit welchen Strategien will Ihre Partei den Herausforderungen der Digitalisierung, bspw. Chat GPT-3, an beruflichen Schulen begegnen?

CDU

Grundlegendes Ziel der CDU Hessen ist es, die beruflichen Schulen als wesentlichen Teil unseres differenzierten Chancenschulsystems in die Lage zu versetzen, die Schülerinnen und Schüler auf die zunehmend digitalisierte Lebens- und Arbeitswelt vorzubereiten sowie sie als mündige Bürgerinnen und Bürger zur Teilhabe an dieser digitalen Welt zu befähigen.

Wesentlicher Baustein dieses Ansatzes ist die Stärkung der Digitalkompetenz der Schülerinnen und Schüler, mit der wir sie zu eigenverantwortlichem Umgang mit digitalen Medien befähigen wollen. Wir verfolgen hierfür einen ganzheitlichen Ansatz. Besonders durch die landesweite Ausrollung des neuen Schulfachs »Digitale Welt« wollen wir die Schüler frühzeitig bereits im allgemeinbildenden Bereich an Chancen und Risiken verschiedener Digitalformate heranführen. Neben grundsätzlichen Fragen der Medienkompetenz soll dort v.a. auch die Frage behandelt werden, wie digitale Technologien zur Lösung sozialer, ökonomischer und ökologischer Problemstellungen beitragen können, wo Risiken sind und wo wir Grenzen setzen müssen. Gut ausgebildete Schülerinnen und Schüler sind die beste Grundlage dafür, einen verantwortungsvollen Umgang mit ChatGPT sicherzustellen.

Generell gilt: Bildungsinnovationen bergen stets Chancen und Risiken. Deswegen ist für uns als CDU auch immer ein kritischer Umgang unverzichtbar. Wir wollen Schulen, Lehrkräfte und Schüler gleichermaßen darin bestärken, Chancen zu nutzen und gleichzeitig für Risiken sensibilisieren und dem Missbrauch vorbeugen. Wir als CDU Hessen packen die Zukunft mit digital-gestützter Lern- und Lehrkultur als fächerübergreifendem Standard in allen Schulformen an.

Diesen Ansatz verfolgen wir auch beim Umgang mit Bild- und Textgeneratoren, die

auf künstlicher Intelligenz (KI) basieren. Sie bieten großes Potenzial, um individuelles und eigenständiges Lernen zu fördern und damit den Lernerfolg unserer Schülerinnen und Schüler zu steigern.

Um Chancen zu nutzen und Risiken zu minimieren, benötigen wir gut ausgebildete Lehrkräfte, die kompetent und selbstsicher mit den Herausforderungen der digitalen Transformation umgehen und digitale Bildungsmedien fachbezogen und didaktisch zielgerichtet einsetzen. Unser Fokus liegt daher auch auf der Professionalisierung der Lehrkräfte durch einen systematischen und verzahnten Ausbau der Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote.

Die CDU-geführte Landesregierung hat den Lehrkräften daher einen umfassenden Leitfaden für den Umgang mit textbasierten Künstlichen Intelligenzen an die Hand gegeben. Dieser bietet die Grundlage für einen zielgerichteten, risikobewussten und zugleich chancenorientierten Umgang mit ChatGPT und anderen Programmen. Er wird auch in Zukunft kontinuierlich an die sich immer schneller wandelnde Technik anzupassen sein.

Schon jetzt bestehen zudem für die Lehrkräfte vielfältige Fortbildungsangebote – auch online.

Auf dieser Grundlage haben Hessens berufliche Schulen in den vergangenen Jahren auch dank vielfältiger Maßnahmen der CDU-geführten Landesregierung große Fortschritte bei der Digitalisierung gemacht. Dies betrifft sowohl die technische Ausstattung als auch die Unterrichtsgestaltung. Aufbauend auf dem »Landesprogramm Digitale Schule Hessen« wird die »Strategie Digitale Schule Hessen« kontinuierlich weiterentwickelt. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir fortsetzen.

Auf die Digitalisierung folgt die Digitalität – eine vernetzte Wirklichkeit, veränderte Kulturtechniken, eine wandelnde Selbst- und Weiterführung, neue Wege von Wissenserwerb und von Formen der Zusammenarbeit.

Digitalisierung und Digitalität von beruflichen Schulen und Unterricht werden unsere bildungspolitischen Anstrengungen auch in Zukunft prägen. Wir wollen die digitalen Potenziale für unsere beruflichen Schulen vollständig nutzen und systematisch verankern.

Und wir denken noch weiter nach vorne: In einem gemeinsamen Kooperationsprojekt mit Bayern identifizieren wir Zukunftstechnologien und potenzielle Bildungsinnovationen. Gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern wollen wir beispielsweise neue KI-basierte Lehrmethoden in den verschiedenen Schulformen erproben und die KI-Mündigkeit an unseren Schulen fördern.

Zu den Herausforderungen der Digitalisierung gehören auch IT-Verwaltungsaufgaben. Wir wollen die IT-Verwaltungsaufgaben und den Datenschutz an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen den Profis überlassen. Die Ausbildung von »Fachinformatikern Systemintegration mit Schwerpunkt Schulverwaltung« für den flächendeckenden Einsatz von Systemintegration wollen wir daher an allen Schulen in Hessen einführen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz lassen sich nicht aufhalten und sind auch nicht grundsätzlich abzulehnen. Sie bieten riesige Chancen und Potenziale, auch für einen gleichberechtigten Zugang zu Information und Wissen in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig gehen mit ihnen auch Risiken- und Gefahrenpotenziale einher, bspw. im Bereich des Datenschutzes oder durch die Verbreitung von Falschinformationen und die fehlende Nachvollziehbarkeit von Quellen im Fall von ChatGPT, die im Zweifel einer rechtlichen Regulierung bedürfen. Dies ist von Seiten des Bundesgesetzgebers nun schnellstmöglich zu prüfen.

Entscheidend ist, dass wir als Gesellschaft lernen und insbesondere Schüler*innen frühzeitig befähigen, digitale und KI-Anwendungen kompetent und kritisch zu verwenden. Für uns Grünen ist zudem wichtig, dass diese Anwendungen gezielt und ergänzend dort eingesetzt werden, wo sie für Schüler*innen und Lehrkräfte einen konkreten pädagogischen Nutzen bieten – ein Selbstzweck ist die schulische Nutzung für uns ausdrücklich nicht: Die Anwendungen können und sollen selbstbestimmtes Lernen und individuelle Förderung erleichtern, Kreativität und Kooperation fördern und Lehrkräfte bei der Darstellung und Wiederholung von Inhalten sowie der



Ermittlung von Lernständen entlasten. Insbesondere mit zunehmendem Alter und höheren Klassenstufen muss die Nutzung im Unterricht aber auch in Vorbereitung auf die Arbeitswelt eine größere Rolle spielen, vor allem in den beruflichen Schulen und der gymnasialen Oberstufe.

So kommt insbesondere der Schulung von Lehrkräften zum kompetenten Umgang und zum Erkennen KI-erzeugter Inhalte, zur altersgerechten Verwendung von digitalen und KI-Anwendungen im Unterricht und zur Vermittlung eines kritisch-kompetenten Umgangs mit KI-erzeugten Inhalten eine entscheidende Bedeutung zu. In dieser Legislaturperiode haben wir die Fortbildungsmittel der Schulen bereits verdoppelt und die Zahl der Fortbildungsangebote der Lehrkräfteakademie im Bereich Medienbildung und Digitalisierung auf 2000 pro Jahr erhöht. Im Hessischen Lehrkräftebildungsgesetz haben wir das Thema Medienbildung und Digitalisierung als Querschnittsthema in allen drei Phasen der Lehrkräftebildung verbindlich verankert, und stellen so sicher, dass alle hessischen Lehrkräfte auf der Höhe der Zeit aus- und fortgebildet werden. Zum schulischen Umgang mit KI-Anwendungen wie ChatGPT wird derzeit von Seiten des Landes zudem eine Handreichung für die Schulen erarbeitet. Wir halten in diesem Bereich aber auch eine enge Abstimmung im Rahmen der KMK für sinnvoll und geboten. Zudem wird es speziell zum Thema KI und Chatbots sicherlich nochmal einer deutlichen Fortbildungsoffensive für Lehrkräfte bedürfen.

FDP

Wir Freie Demokraten stehen der Digitalisierung und den Chancen, die sie bietet, positiv gegenüber. Gerade im Schulbereich sollte die Digitalisierung stärker genutzt werden. Das gilt in besonderem Maße für die beruflichen Schulen, denn auch die Arbeitswelt wird immer digitaler.

Dabei muss zuvörderst eine gute digitale Infrastruktur sichergestellt sein, denn erfolgreiche digitale Bildung erfordert sichere digitale Lernräume: Wir wollen alle hessischen Bildungseinrichtungen mit modernster Technologie ausstatten und die Einrichtungen untereinander sowie mit der Außenwelt vernetzen. Hierzu zählt eine flächendeckende Ausstattung aller Schulen mit WLAN mit einer zeitgemäßen schnellen Internetverbindung sowie moderner und sicherer Hard- und Software. Hinzu kommen die Einrichtung und der Betrieb von Lern-

plattformen mit authentifiziertem Zugang sowohl für die Lehrkräfte als auch für die Lernenden.

Darüber hinaus braucht es einen professionellen IT-Support, um die Schulleitungen und Lehrkräfte von dieser Aufgabe zu entlasten.

Da Schulen ihre eigenen Bedürfnisse am besten kennen, wollen wir die Einführung eines Digitalisierungsbudgets prüfen, das Schulen flexibel einsetzen können.

Gerade KI-basierte Anwendungen wie ChatGPT bergen besondere Chancen auch für den Schulbereich. Für ihren Einsatz wollen wir einen sogenannten KI-Einsatzrahmen erarbeiten, Lehrkräfte ausreichend fortbilden und KI-Innovationsschulen entwickeln, die den Einsatz KI-basierter Anwendungen erproben. Hiervon können dann alle Schulen profitieren.

DIE LINKE

Die Digitalisierung hat nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie auch endlich Einzug in das hessische Schulsystem gefunden. Viele gute Konzepte sind durch viele engagierte Lehrkräfte entwickelt worden. Die beruflichen Schulen stehen da sicher vor anderen Herausforderungen als beispielsweise die Grundschulen, denen nach wie vor ein wissenschaftlich gestütztes pädagogisches Konzept im Hinblick auf digital gestützten Unterricht fehlt.

Die beruflichen Schulen haben mit Sicherheit die meiste Erfahrung darin, sich schnell und gründlich mit neuen Technologien (auch digitalen) befassen zu können und zu müssen. Und mit ebensolcher Sicherheit wissen sie wohl auch am besten, dass eine reine Verteufelung neuer Technologien diese nicht aufhalten wird. Das gilt auch für Chat GPT-3, das schon in sehr naher Zukunft mit Bard (Google) Konkurrenz erhalten wird.

Ob die Verbote der Nutzung, die schon von verschiedenen Stellen erteilt wurden, eingehalten werden und somit Sinn ergeben, können wir nicht beantworten.

Nun gilt es Konzepte zu entwickeln, die neuen Technologien sinnvoll und intelligent zu nutzen. Lehrkräfte an beruflichen Schulen dürfen aber nicht alleine gelassen werden, um solche Konzepte zu entwickeln. Es ist dringend zu empfehlen, sich mit Initiativen wie beispielsweise Klicksafe auszutauschen, die sich der Thematik bereits gestellt haben.

SPD

Digitalisierung betrifft alle Schulen, die Berufsschulen in besonderer Weise. Denn in der beruflichen Bildung geht es um die Veränderung von Produktionsprozessen, das Lehren und Lernen mit digitalen Medien, aber auch um den digitalen Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft. Unter dem Stichwort Arbeit 4.0 sehen wir Handlungsbedarf für alle beruflichen Schulen und setzen uns für eine geeignete digitale Infrastruktur, neue Lernumgebungen und eine angemessene technische Ausstattung ein. Wir wollen die Schulträger bei der Aufgabe, die Zukunftsfähigkeit beruflicher Schulen im Hinblick auf technologische Entwicklungen massiv unterstützen und ein Investitionsprogramm berufliche Bildung auflegen. Es braucht einen Masterplan Digitalisierung, um den Transformationsprozess im Bildungsbereich zu gestalten.

Wir leben in einer digitalisierten (Arbeits)Welt. Junge Menschen müssen Lern- und Arbeitstechniken sowie Methoden des selbstgesteuerten Lernens anwenden, digitale Lernmedien nutzen und Erfordernisse des lebensbegleitenden Lernens erkennen und ableiten können. Der Einsatz digitaler Anwendungen hat in der beruflichen Bildung und an beruflichen Schulen schon immer breiten Raum eingenommen. Da Anwendungen, wie Chat GPT, von immer mehr Schülerinnen und Schülern genutzt werden, was wir grundsätzlich befürworten, muss es für den Umgang mit KI in Schule und Unterricht Fortbildungen und Veranstaltungen für Lehrkräfte geben und KI auch im Unterricht behandelt werden. Schülerinnen und Schüler müssen lernen, damit umzugehen und über die Chancen und Risiken aufgeklärt werden.

Außerdem wollen wir ein Zentrum für digitale Bildung schaffen, zu dessen Aufgaben der Auf- und Ausbau der notwendigen technischen Infrastruktur, die Entwicklung eines Landesmedienkonzepts, die Entwicklung effektiver digitaler Unterrichtsszenarien, Aus- und Weiterbildung des technischen und pädagogischen Personals sowie die Begleitforschung zur kontinuierlichen Verbesserung der Bildung in einer digitalen Welt gehören. Einen entsprechenden Antrag hatten wir im Landtag zur Abstimmung gestellt. Er wurde von Schwarzgrün abgelehnt. →

Ausbildungsberufe müssen mit der Zeit gehen. Daher werden in regelmäßigen Abständen neue Ausbildungsverordnungen erstellt und die vorhandenen überarbeitet. Ergebnis sind neue und moderne Ausbildungsberufe, die den aktuellen Anforderungen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft entsprechen.

Welche Möglichkeiten zur Weiterbildung von Lehrkräften an Beruflichen Schulen würden Sie installieren vor dem Hintergrund der Qualifizierenden Vier: Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Recht, Sicherheit?

CDU

Die Berufsschulen haben für die CDU Hessen und unser Ziel einer weiteren Stärkung der dualen beruflichen Ausbildung eine sehr wichtige Rolle. Wir setzen uns daher ein für eine leistungsstarke Berufsschullandschaft und die Umsetzung des Konzepts »Zukunftsfähige Berufsschule«. Wir werden unsere Berufsschulen mit modernsten Geräten ausstatten, das Lehrpersonal aufstocken und für dezentrale Standortsicherheit sorgen. Außerdem wollen wir mit den Nachbarländern über mögliche Kooperationen sprechen.

Um dies zu ermöglichen, brauchen wir weiterhin qualifizierte und hochengagierte Lehrkräfte an unseren beruflichen Schulen. Nur durch diese Lehrkräfte können wir die guten Rahmenbedingungen in der hessischen Bildungslandschaft – Bildungsinvestitionen deutlich über 5 Milliarden Euro, eine Rekordhöhe der Lehrerstellen und das beste Lehrer-Schüler-Verhältnis aller Zeiten – in praktischen Lehrerfolg transferieren.

Deswegen liegt unser Fokus auch zukünftig auf der Qualität der Aus-, Fort- und Weiterbildung unserer Lehrkräfte und der an Schule tätigen pädagogischen Fachkräfte. Die bestehenden Maßnahmen zur Weiterqualifikation und zum Quereinstieg in den Lehrämtern mit besonderen Bedarfen – insbesondere im Lehramt für berufliche Schulen, für Grundschulen, für Förderschulen und für Haupt- und Realschulen – werden wir bedarfsgerecht ausbauen und dabei Wert auf Qualität legen.

Im Rahmen der Novelle des Hessischen Lehrkräftebildungsgesetzes haben wir wichtige Querschnittsthemen wie Digitalisierung und Nachhaltigkeit bereits in allen drei Phasen der Lehrkräftebildung verpflichtend verankert.

Für die Bestandslehrkräfte wollen wir die angebotene Vielzahl von Fort- und Weiterbildungen der Hessischen Lehrkräfteakademie beibehalten und bedarfsgerecht ausgestalten, um Zukunft- und Querschnittsthemen praxisorientiert zu vermitteln. Dazu gehört auch die Stärkung des freiwilligen Selbstlernangebots zum wichtigen Themenbereich Schulrecht, um rechtlich sicheres Handeln in beruflichen Handlungssituationen zu erwerben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die vier neuen Standardberufsbildpositionen »Digitalisierte Arbeitswelt«, »Umweltschutz und Nachhaltigkeit«, »Organisation des Ausbildungsbetriebes, Berufsbildung sowie Arbeits- und Tarifrecht« sowie »Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit«, auf die sich Bund, Länder, die Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Kammerorganisationen sowie das Bundesinstitut für Berufsbildung im April 2020 als gemeinsame Grundlage aller Ausbildungsberufe geeinigt haben, müssen sich selbstverständlich auch in entsprechenden Fortbildungsangeboten für die Lehrkräfte an Beruflichen Schulen niederschlagen. Wir halten hierfür den in Hessen bewährten Weg über Angebote der Hessischen Lehrkräfteakademie grundsätzlich für geeignet, sehen hierbei aber die Notwendigkeit, bei der Konzeption die Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Kammern einzubinden.

FDP

Lehrkräfte sollen sich über ihre gesamte Berufslaufbahn hinweg nach eigenen Interessen und Schwerpunkten fort- und weiterbilden können. Dabei haben alle Schulformen jeweils eigene Bedarfe, die in der Ausbildung wie auch in Fort- und Weiterbildungsangeboten berücksichtigt werden müssen. In den beruflichen Schulen gehören dazu die vier vorgenannten: Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Recht und Sicherheit.

Eine Beteiligung der Lehrkräfte bei der Auswahl, der Gestaltung und der Durchführung von Professionalisierungsmaßnahmen halten wir grundsätzlich für zielführend, um ein hohes Maß an Akzeptanz und Wirksamkeit zu erzielen.

Wir fordern einen Fortbildungsbeauftragten, eine Fortbildungsbeauftragte an jeder Schule. Die Anzahl der Schulberaterinnen und Schulberater sowie Fortbildnerinnen und Fortbildner sollte dem Bedarf angepasst werden. Um Fortbildungen privater

Anbieter bedarfsgerecht nutzen zu können, müssen Mittel in ausreichender Höhe zur Verfügung stehen. Digitale und hybride Formate sollten kontinuierlich ausgebaut werden, um eine Teilnahme zeitsparend an verschiedenen Orten zu ermöglichen.

Um die Bereitschaft der Lehrkräfte an Fortbildungen teilzunehmen weiter zu steigern, sollen besondere Leistungsanreize geschaffen werden. Grundlage hierfür ist das fortlaufende Portfolio und die hier hinterlegten Schwerpunktsetzungen der Lehrkräfte.

DIE LINKE

Zunächst einmal möchten wir den Weiterbildungsetat für Lehrkräfte kräftig erhöhen, und zwar für Lehrkräfte aller Schulformen.

Die modernen Standardberufsbildpositionen dienen der einheitlichen und inhaltlichen Kompetenzvermittlung in den Ausbildungsberufen. Doch auch Kompetenzvermittlung muss erlernt sein. Lehrkräfte müssen also entsprechend weitergebildet werden, und zwar nicht zusätzlich sondern in ihrer regulären Arbeitszeit. Leider ist auch hier zu befürchten, dass wieder nach dem On-top-Prinzip vorgegangen wird.

SPD

Wir begrüßen die im April 2020 beschlossene Strategie, grundlegende Kompetenzen aus den sogenannten »VIER« wichtigen übergreifenden Themenbereichen in jedem (dualen) Ausbildungsberuf zu vermitteln und die Kompetenzfelder als übergreifende Standards einheitlich zu verankern. Dafür müssen entsprechende Weiterbildungsangebote für Lehrkräften geschaffen werden, die sich an einzelne Lehrerinnen und Lehrer, Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben, Schulleitungen, Schulteams – auch multiprofessionelle – und ganze Schulen richten können.

Wichtig erscheint uns eine langfristige schulische Fortbildungsplanung in Verantwortung der Schulleitung, unter Einbeziehung des gesamten Kollegiums. Wünschenswert ist, dass die Schulen bei der Feststellung des Bedarfs für Weiterbildungen beraten und unterstützt sowie ggfs. dafür qualifiziert werden. Um die Vielfalt der inhaltlichen Ausrichtung abzudecken, kann es Kooperationen mit freien Trägern und den hessischen Hochschulen geben. →

Weiterentwicklung und Stellenwert der Beruflichen Schulen in der Kultuspolitik

Welche Haltung nimmt Ihre Partei ein im Hinblick auf das Konzept der »Zukunftsfähigen Berufsschule« und dessen strategischer Einführung?

CDU

Wie bereits dargestellt ist die Stärkung der beruflichen Bildung, der Berufsorientierung und der dualen Ausbildung ein sehr wichtiges Anliegen der CDU Hessen. Wir wollen auch in Zukunft die duale Ausbildung als Eintrittskarte für berufliche und persönliche Weiterentwicklung stärken. Dazu gehört für uns die Sicherung und Stärkung aller Berufsschulstandorte, vor allem auch im ländlichen Raum, sowie das Fortbestehen aller Ausbildungsberufe in Hessen. Das Konzept »Zukunftsfähige Berufsschule« soll genau dies erwirken. Wir als CDU Hessen sind überzeugt von dem Konzept »Zukunftsfähige Berufsschule« und werden dies fortführen und umsetzen, damit alle Berufsschulstandorte erhalten bleiben und die duale Ausbildung und der ländliche Raum gestärkt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist im ersten Schritt bereits eine deutliche Absenkung der Mindestklassengröße von bisher 15 Schülerinnen und Schülern auf zwölf im ersten, neun im zweiten, acht im dritten und fünf im vierten Ausbildungsjahr erfolgt. Diese Maßnahme ist ein wesentlicher Beitrag zum Ziel des Erhalts der dezentralen Standortstruktur.

Zudem werden die nach den Rahmenlehrplänen zulässigen Möglichkeiten einer gemeinsamen Beschulung ausgeschöpft. Die Schulen profitieren bereits seit diesem Haushaltsjahr von der neuen Zuweisung.

Erst und nur wenn die Mindestklassengrößen vor Ort nicht mehr erreicht werden können, erfolgt im Interesse einer fundierten Fachausbildung der Schülerinnen und Schüler eine Konzentration an den regional und landesweit zuständigen Berufsschulen und die Ausweitung der Blockbeschulung. Das Auslaufen der Beschulung eines Ausbildungsberufs an einem Standort erfolgt erst dann, wenn für die jeweilige Berufsschule mindestens zweimal hintereinander festgestellt worden ist, dass die Schülerzahl in der Grund- oder Fachstufe unter der Mindestklassengröße liegt. Ein Übergangszeitraum stellt zudem sicher, dass ein eventueller

Neuaufnahmestopp von Schülerinnen und Schüler erst zum Schuljahr 2025/26 greift.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir halten das Konzept der »Zukunftsfähigen Berufsschule« in seiner Zielrichtung für den richtigen Impuls, um unsere Berufsschullandschaft und das System der dualen Ausbildung den sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten stark wandelnden Bedingungen entsprechend zukunftsfähig aufzustellen und zu erhalten. Schon seit Jahren sinkt die Zahl der Auszubildenden und damit die Lehrkräftestellenzuweisung an den hessischen Berufsschulen bedauerlicher Weise stark. Dadurch werden immer mehr kleinere Fachklassen in ländlichen Gebieten an Schulen in größeren Städten abgegeben und der Bestand der Berufsschulen in ländlichen Regionen gefährdet. Wir sind überzeugt, dass es wichtig ist, diesem Trend entgegenzuwirken und wohnort- und betriebsnahe Ausbildungsmöglichkeiten auch im ländlichen Raum zu erhalten, einen qualitativ hochwertigen Unterricht an den beruflichen Schulen auf Dauer zu gewährleisten und Planungssicherheit für Ausbildungsbetriebe und Schulen zu schaffen. Die sukzessive Neuausrichtung und Sicherung aller hessischen Berufsschulstandorte im Rahmen des Programms der »Zukunftsfähigen Berufsschule« ist deswegen eine gute Nachricht sowohl für die Schulstandorte als auch die lokale Wirtschaft und die Auszubildenden in Hessen. Gleichwohl werden wir auch unsere Anstrengungen verstärken, insgesamt mehr Jugendliche und junge Erwachsene für die berufliche Bildung zu begeistern, denn für uns sind berufliche und akademische Bildung gleichwertig.

Insbesondere mit der zum Schuljahr 2021/2022 abgesenkten Mindestklassengröße von bisher 15 Auszubildenden je Stufe auf 12 im ersten, 9 im zweiten, 8 im dritten und 5 im vierten Ausbildungsjahr setzen wir ein Zeichen zum Erhalt auch kleinerer Fachklassen im ländlichen Raum. Zudem wird durch die Entwicklung jedes einzelnen Berufsschulstandorts zu einem spezifischen Kompetenzzentrum eine qualitativ hochwertige Lehre und Beschulung in Hessen sichergestellt, falls an anderen Schulen wegen Unterschreitung der Mindestklassengröße keine Neuaufnahmen in dem jeweiligen Ausbildungsberuf mehr möglich ist. Wichtig ist für uns, dass die Festlegung der Zuständigkeitsbereiche in einem breit angelegten Dialogprozess zwischen dem Land, der lokalen

Wirtschaft, den Schulträgern und den Berufsschulen und insbesondere den Kollegien sowie der organisierten Vertretung der Schüler*innen sowie Studierenden – und somit allen unmittelbar und mittelbar Betroffenen – erfolgt und somit spezifische Kompetenzen und Spezialisierungen vor Ort berücksichtigt werden.

FDP

Wir Freie Demokraten sehen die Herausforderungen, denen die beruflichen Schulen durch den Wandel in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt gegenüberstehen.

Ziel muss sein, ein dichtes Netz an wohn- und ausbildungsplatznahen Berufsschulen zu erhalten, um die logistischen Hindernisse für Ausbildungswillige gering zu halten. Um Standorte in der Fläche zu sichern, braucht es aber auch Alternativen zum herkömmlichen Präsenzunterricht.

Wir fordern daher ein Konzept für die Berufsschulen, das die Zusammenarbeit der Schulen untereinander verbessert, die schulische Ausbildung flexibilisiert bzw. modularisiert, mehr digitale und hybride Beschulungsmöglichkeiten vorsieht und berufliche Schulen zu einem Anker in der jeweiligen Region ausbaut. Bei der Erarbeitung und Umsetzung müssen alle an der beruflichen Bildung beteiligten Akteure miteinbezogen werden.

Um diese Herausforderung nachhaltig bewältigen zu können, halten wir das aktuelle Konzept der »zukunftsfähigen Berufsschule« für nicht ausreichend.

DIE LINKE

Was zunächst innovativ und sinnvoll klingt, ist bei genauerem Hinsehen aber das Gegenteil. Wenn Zukunftsfähigkeit der beruflichen Schulen bedeutet, diese zu verkleinern, zusammenzulegen und bestimmte Fächer nur noch an bestimmten Standorten anzubieten, so ist das eine deutliche Verschlechterung der beruflichen Schulbildung. Dies wird dazu führen, dass bestimmte Ausbildungsberufe stark an Attraktivität verlieren, da nun plötzlich weite Wege zurückgelegt werden müssen, um die berufliche Schule erreichen zu können. Dies ist bei zunehmenden Fachkräftemangel nicht nur unverständlich sondern verantwortungslos!



SPD

Wir sind der Meinung, dass berufliche Schulen und Berufsschulen ihre Strukturen den Bedingungen des 21. Jahrhunderts anpassen müssen. Der Versuch der schwarzgrünen Landesregierung, Berufsschulen unter dem Begriff »zukunftsfähige Berufsschulen« zu entwickeln, ist für uns gescheitert. Wir haben dies bereits in einem Antrag (Drucks. 20/...) begründet und gefordert, ein Moratorium für den Prozess zu verhängen. Wir setzen auf einen Prozess, der auf Partizipation und Transparenz aufbaut und gemeinsam mit Schulen, Gewerkschaften, Hauptpersonalrat Schule, Schulträgern, Kammern, Arbeitgeberverbänden und Hochschulen gemeinsam Wege zu modernen Berufsschulen entwickeln.

Eine zukunftsfähige Berufsschule im Bereich des dualen Ausbildungssystems reflektiert, dass die Trennung in praxisorientierte Ausbildungsanteile im Betrieb und theoriegebundenes Lernen in der Berufsschule künstlich ist. Dem wollen wir durch die Weiterentwicklung der Rahmenlehrpläne und Curricula Rechnung tragen.

Schulträgerübergreifende Organisationsformen in Form von Bezirks- und Landesfachklassen werden die Ausnahme darstellen. Wir stehen zu starken regionalen Ausbildungsstandorten. Unsere Maxime ist, dass junge Leute möglichst wohnortsnah ihre Ausbildung durchführen können.

Wir werden ein Pilotprojekt durchführen, in dem für einzelne Ausbildungsgänge Kooperationen zwischen Schulen unter Nutzung digitaler Möglichkeiten hybrider Unterrichtsprojekte erprobt werden, um für Schülerinnen und Schülern einen wohnortnahen Berufsschulunterricht zu sichern.

Wie steht Ihre Partei einer Forcierung des Ausbaus der Selbstständigen Beruflichen Schulen bzw. der rechtlich selbstständigen Beruflichen Schulen gegenüber?

CDU

Der Weg zur Umwandlung einer Beruflichen Schule in eine rechtlich selbstständige Berufliche Schule ist im Hessischen Schulgesetz geregelt und steht jeder Beruflichen Schule offen.

Das damit verbundene Prinzip der Wahlfreiheit für die Beruflichen Schulen wollen wir auch weiterhin beibehalten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir Grünen sind davon überzeugt, dass die Schulgemeinden mehr Freiheiten bei der Schulentwicklung erhalten sollten und unterstützen deswegen die verschiedenen rechtlichen Möglichkeiten, die das Hessische Schulgesetz zur Selbstständigkeit von Schulen vorsieht. Aus diesem Grund haben wir die Möglichkeiten in dieser Legislaturperiode nochmal durch das Programm der »Pädagogisch Selbstständige Schulen« erweitert und werben intensiv dafür, dass mehr Schulgemeinden diese und die anderen Möglichkeiten der Selbstständigkeit stärker nutzen. Durch noch gezieltere Beratungs- und Unterstützungsleistungen für interessierte Schulen sowie die Prüfung möglicher Erleichterungen im Antrags- und Berichtswesen wollen wir uns in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, die Anreize zur Wahrnehmung dieser Möglichkeiten für die Schulgemeinden zu erhöhen.

FDP

Wir Freie Demokraten halten die selbstständigen Schulen und auch die (rechtlich) selbstständigen beruflichen Schulen für ein Zukunftsmodell. Studien lassen darauf schließen, dass Schulen mit mehr Selbstständigkeit bessere schulische Ergebnisse erzielen. Wir wollen Schulen daher in Freiheit und Verantwortung die Möglichkeit eröffnen, möglichst viele Entscheidungen zur Organisation des Schulbetriebs, der Verwendung der finanziellen Mittel und im Bereich Personal selbstständig zu treffen.

Die Evaluierungen der selbstständigen Schulen sollten zukünftig stärker dafür genutzt werden, das Programm für noch mehr Flexibilität weiterzuentwickeln.

Für diese zusätzlichen Aufgaben und Verantwortlichkeiten müssen die Schulen jedoch auch entsprechende Verwaltungsressourcen erhalten. Ein Vorbild hierfür können die Deutschen Schulen im Ausland mit einer Verwaltungs- und einer Pädagogischen Leitung sein.

DIE LINKE

Seit je her kritisch! Die Selbstständige Schule hat sich oftmals als Instrument zur Mangelverwaltung entpuppt. Selbstständig das viel zu kleine Budget verwalten zu dürfen, hat wenig Vorteile. Eine verlässliche Ausfinanzierung der Schulen würde dem entgegenwirken. Zudem ist mit dem Plus an Eigenverantwortung ein riesiges Plus an Mehrarbeit einhergegangen.

SPD

Wir wollen Berufsschulen mehr Eigenverantwortung geben. Wir werden in Regierungsverantwortung für sie geeignete organisatorische und fachliche Konzepte entwickeln. Unser Modell einer zukunftsfähigen Berufsschule beinhaltet, die dualen Ausbildungsgänge so standortnah wie möglich zu sichern und auch differenzierte Unterrichtsformen zu entwickeln.

Wie gedenken Sie, die Stellung der beruflichen Schulen in der Kultuspolitik/im HKM zu stärken?

CDU

Wir wollen für echte Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung in rechtlicher, finanzieller und schulischer Hinsicht sorgen und bekennen uns zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung. Wirtschaft, Wohlstand und Fachkräftesicherung brauchen handwerklich begabte Schulabgängerinnen und Schulabgänger ebenso wie Abiturientinnen und Abiturienten, die eine universitäre Ausbildung anstreben.

Entsprechend setzen wir uns für eine Stärkung der beruflichen Bildung im gesamten Bildungsweg ein. Die Querschnittsthemen Berufsorientierung, Duale Ausbildung bis hin zur Fachkräftesicherung waren aus gesamtgesellschaftlicher Sicht nie so wichtig wie heute.

Die Stellung der beruflichen Schulen ist im Hessischen Kultusministerium gleichwertig zur Stellung der allgemeinbildenden Schulen. Diese beiden schulfachlichen Bereiche wurden aufgrund der besseren Verzahnung in der Vergangenheit in einer gemeinsamen Abteilung zusammengelegt. In diesem Rahmen setzen wir uns für eine weitere Stärkung der beruflichen Bildung im Kultus-Ressort und gleichzeitig für die Stärkung der interministeriellen Zusammenarbeit zwischen Kultus- und Wirtschaftsministerium zu forcieren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir setzen uns dafür ein, entsprechend den gestiegenen und neuen Anforderungen im Bereich der Beruflichen Schulen (Integration von Seiteneinsteiger*innen, Übergang in die Ausbildung, Unterstützung Berufliche Orientierung usw.) auch die strukturelle und personelle Aufstellung des Kultusministeriums anzupassen.



FDP

Aufgrund der Besonderheit von beruflichen Schulen sollten sie einen zentralen Ansprechpartner in der Kultusverwaltung erhalten.

DIE LINKE

Momentan hat Die Linke Hessen Zweifel, welche dringend notwendigen schulischen Angelegenheiten und Projekte vom HKM überhaupt ernstgenommen und gestärkt werden. Weder der Ganztagsausbau noch der Lehrkräftemangel noch die besorgniserregende Überlastung der Lehrkräfte motiviert den Kultusminister zu Taten.

Trotzdem müssen die beruflichen Schulen natürlich gestärkt werden. Auch hier werden Lehrkräfte händeringend gesucht. Zudem ist die Bezahlung der Fachlehrkräfte für arbeitstechnische Fächer noch immer zu gering. Eine verstärkte Interessenvertretung könnte hilfreich sein.

Der Fokus im HKM jedoch ruht tatsächlich auf den Regelschulen (die auch mit immensen Problemen zu kämpfen haben).

SPD

Zunächst einmal möchten wir festhalten, dass es bis Juli 2014 für die Berufsbildenden Schulen im Hessischen Kultusministerium noch eine eigene Abteilung mit 28,5 Stellen (2013) gab. Von den ehemals 33 Referaten sind noch zwei übriggeblieben. In der 2020 neu gefassten Abteilung III mit 8 Referaten gibt es jetzt ein als »Großreferat III.B.1« bezeichnetes Referat »Berufliche Schulen, lebensbegleitendes Lernen« mit zwei Referaten für berufsbildende Schulen und ein weiteres Referat »Lebensbegleitendes Lernen, Schulen für Erwachsene, HESSEN CAMPUS, Weiterbildung«.

Im Gegensatz zur amtierenden Landesregierung, die für diesen schleichenden Bedeutungsverlust verantwortlich ist, wollen wir die berufliche Bildung im Ministerium aufwerten und zur Stärkung mehr Personal einstellen, um Bildungsgänge so zu gestalten, dass allen Kindern und Jugendlichen nach Abschluss der allgemeinen Schule weitere Bildungswege und Schulabschlüsse möglich sind, um ihre individuellen Bedingungen im Übergang von der Schule in Ausbildung zu verbessern. Dem Umfang und der bedeutenden Leistung beruflicher Schulen werden wir dadurch Rechnung tragen, dass wir eine eigene, mit anderen Abteilungen gleichberechtigte, Abteilung »Berufliche Schulen« im Kultusministerium schaffen.

Arbeits- und Lernbedingungen in hessischen Schulen

Welche Maßnahmen beabsichtigt Ihre Partei zu ergreifen, um der Arbeitsbelastung der Lehrkräfte und der Direktor*innen an beruflichen Schulen entgegenzuwirken?

CDU

Wir wollen, dass Lehrkräfte ihre Kompetenz für die Unterrichtung der Schülerinnen und Schüler nutzen können. Durch eine Stärkung der Schullandschaft durch multiprofessionelle Teams und Maßnahmen zum Bürokratieabbau wollen wir Freiräume schaffen, die den Lehrkräften und den Schülerinnen und Schülern gleichermaßen zugutekommen.

Folgende Maßnahmen spielen dabei eine besondere Rolle:

Wir stärken Schulleitungen und steigern die Attraktivität von Leitungstätigkeiten, indem wir durch ausreichende Freistellung von der Unterrichtsverpflichtung Zeit für Schul-, Qualitäts- und Personalentwicklung sowie zur Koordinierung der pädagogischen Fachkräfte zusichern.

Schulleitungen sollen auch in der Zukunft von Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Wir wollen Berichts- und Dokumentationspflichten auf den Prüfstand stellen, Prozesse verschlanken und beschleunigen und unnötige Bürokratie abbauen. Dabei ist uns die Meinung derjenigen wichtig, die täglich vor Ort an den Schulen mit diesen Vorgaben arbeiten.

Über den Doppelhaushalt stellen wir den Schulträgern in den Jahren 2023 und 2024 insgesamt 45 Millionen Euro zur Verfügung, um rund 500 Verwaltungsstellen in den Schulsekretariaten neu zu schaffen. So sollen Lehrkräfte und Schulleitungen von Verwaltungs- und Routineaufgaben entlastet werden.

An Schulen mit über 500 Schülerinnen und Schülern etablieren wir zur Unterstützung und Entlastung der Schulleiterinnen und Schulleiter eine wirtschaftliche Co-Schulleitung, damit die Lehrkräfte sich im Schwerpunkt den Fragen rund um die Bildung widmen können.

Wir wollen die IT-Verwaltungsaufgaben und den Datenschutz an Schulen den Profis überlassen und damit auch gezielt Lehrkräfte und Schulleitung entlasten. Die Ausbildung von »Fachinformatikern Systemintegration mit Schwerpunkt Schulverwaltung« für den flächendeckenden Einsatz von Systemintegration wollen wir an allen Schulen in Hessen einführen.

Darüber hinaus wollen wir weitere Stellen zur sozialpädagogischen Unterstützung an Hessens Schulen bringen.

FDP

Wir Freie Demokraten sehen die Belastung von Lehrkräften und Leitungsteam auch an beruflichen Schulen. Daher wollen wir zunächst die Anpassung von Deputaten prüfen.

Dies ist nach unserer Auffassung jedoch nicht die alleinige Lösung für die gestiegenen Belastungen von Lehrkräften und Leitungsteams. Gerade auch durch Bürokratie wird zunehmend wertvolle Zeit gebunden, die besser für die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern verwendet werden könnte. Unser Ziel ist daher eine Entlastung von Schulleitungen und Lehrkräften durch Entbürokratisierung insbesondere durch Straffung und Abschaffung von Berichts- und Dokumentationspflichten. Parallelstrukturen zwischen Kultusministerium, staatlichen Schulämtern und Schulen sind abzuschaffen. Auch durch zentralen Service, z.B. durch die Bereitstellung von Vertragsmustern oder durch zentrale Angebote, sind Schulen zu unterstützen.

Darüber hinaus wollen wir die Zahl der Schulverwaltungsassistenten und Sekretariatskräfte erhöhen. Hierzu sollen auch Landesmittel zur Verfügung gestellt werden.

Der Einsatz digitaler Instrumente und Hilfsmittel kann Schulleitungen weiter entlasten.

DIE LINKE

Eine deutliche Herabsenkung der Pflichtstunden sowie Entlastung durch das Übertragen von beispielsweise Verwaltungsaufgaben auf Verwaltungsfachkräfte. Zudem will Die Linke Hessen einen deutlichen Ausbau sozialpädagogischer Arbeit auch an den beruflichen Schulen sowie die Etablierung einer schulpsychologischen Anlaufstelle an jeder Schule.

In den Klassen bedarf es multiprofessioneller Teams mit gut ausgebildeten Fachkräften.

SPD

In den vergangenen Jahren haben die Belastungen für Schulleitungen, aber auch für Lehrkräfte durch zusätzliche Aufgaben im Unterricht wie auch durch Dokumentationspflichten zugenommen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die tatsächlich geleistete Arbeit der Lehrkräfte stärker berücksichtigt wird. Auf diese Weise werden wir der Fürsorge

gepflicht des Landes als Arbeitgeber gerecht und sorgen dafür, dass Lehrkräfte mit voller Stelle und voller Gesundheit bis zum Erreichen der Altersgrenze arbeiten können. Die Notwendigkeit der Entlastung gilt insbesondere für die Vielzahl an Verwaltungsaufgaben. Deshalb werden wir Stellen für Verwaltungsfachkräfte und Bibliothekarinnen und Bibliothekare an Schulen ausbauen.

Wir planen ein Institut für Lehrkräftegesundheit einzurichten, wie es in unserem Nachbarbundesland Rheinland-Pfalz seit vielen Jahren existiert. Für Lehrkräfte, die ihre Überlastung anzeigen, werden wir eine unabhängige Ombudsstelle einführen. In besonderen Fällen muss für einen definierten Zeitraum eine Stundenreduzierung bei vollem Gehalt möglich sein. Gemeinsam mit den Selbstvertretungen der Lehrkräfte werden wir eine Studie zur Lehrerarbeitszeit initiieren und für eine gerechtere Anerkennung von außerunterrichtlicher Arbeitszeit einsetzen. Die Personalräte sollen ihre Rechte durch die Abbildung ihrer wichtigen Arbeit in Anrechnungsstunden besser durchsetzen können. Grundsätzlich muss die wertvolle Arbeit der Personalräte in Schulen, Schülern und am Kultusministerium durch eine wertschätzende und kooperative Arbeitsweise besser unterstützt werden.

Wir werden in Zukunft mehr Lehrkräfte in Vollzeit brauchen, weil in der Vergangenheit zu wenig ausgebildet wurde. Um diese zu gewinnen, wollen wir Anreize setzen und individuelle Lösungen anbieten, damit Lehrkräfte in Teilzeit bereit sind, ihre Stundenzahl zu erhöhen.

Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass die Pflichtstundenzahl, Besoldungs- und Beförderungsmöglichkeiten für Fachlehrer*innen für arbeitstechnische Fächer (FlatF) verbessert werden?

CDU

Unsere beruflichen Schulen brauchen die besten Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben den Anspruch, dass Hessen ein attraktiver Arbeitgeber für Lehrerinnen und Lehrer ist und diese sich gerne für einen Job in den hessischen Schulen entscheiden. Darauf legen wir auch in den nächsten Jahren einen finanziellen Schwerpunkt.

Mit gezielten Investitionen in den Bildungsstandort Hessen sorgen wir in Zeiten eines ungebrochen hohen Fachkräftebedarfs in allen Branchen für eine zusätzliche Aufwertung des Berufs der Lehrerin und des Lehrers.

Darüber hinaus wollen wir beste Rahmenbedingungen für Schüler und Lehrkräfte bieten und unsere Berufsschulen mit modernsten Geräten ausstatten, das Lehrpersonal aufstocken und für dezentrale Standortsicherheit sorgen. Wir setzen darüber hinaus ein klares Bekenntnis für eine Grundunterrichtsversorgung von 105 %. Die dafür nötige Personalausstattung ist für uns nicht verhandelbar. Dies kommt auch den Lehrkräften zugute.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die beiden Fragen gemeinsam beantwortet.

Wir erkennen an, dass insbesondere die vergangenen Jahre für alle an Schule Beteiligten aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen und auch dem massiven Zuzug von Geflüchteten, zunächst in den Jahren 2015/2016 und nun aus Anlass des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, mit großen Herausforderungen und Belastungen verbunden waren. Auch die Anforderungen der Gesellschaft an das, was auch Berufliche Schulen leisten sollen, haben sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert: Bspw. sind im Bereich Inklusion, sozialpädagogische Unterstützung, Medienbildung und Digitalisierung sowie schulischer Integration (hier insbesondere Vermittlung von Deutsch als Zweitsprache) zusätzliche Aufgaben hinzugekommen.

Aus diesem Grund haben wir zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, die Schulleitungen und Kollegien insbesondere von nicht-pädagogischen Aufgaben entlasten sollen. Insbesondere den Ausbau multiprofessioneller Teams, bspw. im Bereich der sozialpädagogischen Unterstützung, haben wir Grünen in den vergangenen Jahren massiv vorangetrieben. Zudem stellen wir mit dem Landesprogramm »Starke Heimat Hessen – Verwaltungskräfte an Schulen« den Schulträgern seit 2020 zusätzliche, jährlich aufwachsende Mittel zur Verfügung, um insgesamt rund 500 neue Verwaltungsstellen an den Schulen zu schaffen und so insbesondere Schulleitungen von Verwaltungsarbeiten zu entlasten. Diese Anstrengungen wollen wir fortsetzen und auch berufliche Schulen hierbei stärker berücksichtigen.

Darüber hinaus wollen wir darauf hinwirken, bei der Berechnung von Arbeitszeiten für Lehrkräfte Faktoren wie Schulentwicklung, Teamarbeit, Inklusion, Digitalisierung etc. angemessen einzubeziehen. Dabei muss sicherlich auch eine Anpassung von Leitungsdeputaten sowie der Stundendeputate der Fachlehrkräfte für

arbeitstechnische Fächer überprüft werden – gleichwohl wäre es unseriös und unehrlich, mit Blick auf den derzeit bundesweit extrem angespannten Lehrkräftearbeitsmarkt und der insbesondere im beruflichen Lehramt bestehenden Mangellage eine deutliche Deputatsreduktion auf breiter Front zeitnah in Aussicht zu stellen. Eine Verbesserung der Besoldungs- und Beförderungsmöglichkeiten der Fachlehrkräfte für arbeitstechnische Fächer wollen wir gerne prüfen.

Um die Arbeitsbelastung an Hessens Schulen weiter zu begrenzen, ist für uns deswegen auch eine konsequente Fortführung unserer bisherigen Anstrengungen im Bereich der Lehrkräftegewinnung und -bildung entscheidend. Im Bereich des beruflichen Lehramts stehen wir hier vor der besonderen Herausforderung, dass insbesondere in technischen Bereichen die Verdienst- und Aufstiegsperspektiven als Lehrkraft mit denen in der freien Wirtschaft kaum mithalten können. Mit einem Anwärtersonderzuschlag für Mangelfachrichtungen im beruflichen Lehramt (Metalltechnik, Elektrotechnik, Chemie-, Biologie- und Physiklechnik, Gesundheit, Sozialwesen/ Sozialpädagogik und Informatik) versuchen wir deswegen die Wettbewerbsfähigkeit des Berufsschuldienstes gegenüber Tätigkeiten in der freien Wirtschaft im Werben um Fachkräfte zu stärken. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen und auch die Quereinstiegskapazitäten weiter bedarfsgerecht ausbauen sowie hierbei zukünftig auch auf Qualifizierung durch berufsbegleitende Masterstudiengänge setzen.

FDP

Wir Freie Demokraten sehen die Debatte bezüglich der Ungleichbehandlung von Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer insbesondere mit Blick auf die Pflichtstundenzahl sowie Besoldungs- und Beförderungsmöglichkeiten. Eine Anpassung der verschiedenen Punkte werden wir jeweils prüfen.

DIE LINKE

Eine Herabsenkung der Pflichtstunden fordert Die Linke Hessen für alle Lehrkräfte an allen Schulformen. Aber sicherlich ist die Situation der FlatF nochmals eine besondere. Wir unterstützen die Forderung, die Pflichtstunden auf 24,5 zu reduzieren. Schon seit Jahren wird über eine gerechtere Bezahlung diskutiert sowie über Aufstiegsmöglichkeiten (auch in Besoldungsgruppen), und auch hier unterstützen wir die Forderung der Eingrup-



pierung in die Besoldungsgruppe A11. Die Koordinator*innen für Fachpraxis möchten wir analog zum gehobenen Dienst in der Landesverwaltung in A13 eingruppiert haben.

SPD

Die Arbeit aller Lehrkräfte ist nicht gleich, aber gleichwertig. Wir wollen Hierarchien abbauen, die Studiendauer aller Lehrämter auf 10 Semester festschreiben und alle Lehrkräfte als Einstieg nach A13 bezahlen. Darüber hinaus wollen wir die Studienkapazitäten der Lehrämter steigern. Wir werben für das Lehramtsstudium und setzen mit einem Stipendienprogramm für Mangelfächer auch finanzielle Anreize. Lehrkräfte in arbeitstechnischen Fächern erhalten von uns eine Aufstiegsperspektive. Wie diese Umsetzung erfolgen kann, werden wir im Dialog mit den Verbänden klären.

Welche weiteren Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Integration von Quereinsteiger*innen in die Arbeitswelt weiter voranzubringen?

CDU

Die Fragestellung kann unterschiedlich interpretiert werden.

Sofern die Frage darauf abzielt, welche Rolle den Beruflichen Schulen bei der »Integration« von zuwandernden oder aus anderen Gründen arbeitsmarktfernen Menschen in unsere Arbeitswelt zukommt, beantworten wir sie wie folgt:

Die Integration von Menschen aus allen Teilen der Welt, die hier eine Bleibeperspektive haben, ist eine politische Schlüsselaufgabe und Voraussetzung für unser Zusammenleben. Sie ist gleichermaßen Pflicht für die Aufnahmegesellschaft wie für die zu uns kommenden Menschen.

Wir stehen für Fördern und Fordern, denn die Teilhabe aller Menschen am wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben in der Bundesrepublik Deutschland ist gleichermaßen Ziel aller staatlichen Maßnahmen, wie eigenverantwortliche Aufgabe jedes Einzelnen.

Die Integration von Seiteneinsteigern wie z.B. Flüchtlingen in die Arbeitswelt erfordert Zeit und Ausdauer. Anerkannte Flüchtlinge stellen ein enormes Arbeits- und Fachkräftepotenzial dar, auch wenn ihre Integration häufig ein anspruchsvoller Prozess ist, da die Mehrheit der Flüchtlinge keine formale berufliche Qualifikation hat.

Wir werden die erfolgreichen Programme zur Integration in den Arbeitsmarkt fort-

führen. Hierzu gehören u.a. die Fortsetzung von »Pflege integriert«, »Wirtschaft integriert« und »Sozialwirtschaft integriert«. Die hier erzielten Erfolge zeigen, dass mit guten Konzepten die Qualifikation und Anerkennung der Kompetenzen von zu integrierenden Seiteneinsteigern genutzt werden können.

Sprache ist dabei der Schlüssel! Wir wollen, dass jeder, der hier leben möchte, die deutsche Sprache lernt. Verpflichtende Deutschkurse sind daher aus unserer Sicht ein zentrales Integrationsinstrument. Entsprechende Angebote werden wir in den Bildungseinrichtungen des Landes weiter stärken.

Für die Gruppe der Seiteneinsteiger sind genau abgestimmte Sprachförderkonzepte sowie Beratungsangebote und Qualifikationsmaßnahmen wichtig, um diese Potenziale nutzbar zu machen und ihnen schnellstmöglich den Zugang zu unserem Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Diese werden wir auch in Zukunft bedarfsgerecht ausbauen.

Wir werden als Pionierland der konkreten Integrationsmaßnahmen in allen Bereichen unsere vielfältigen Förderprogramme, Strukturen und Angebote weiterentwickeln und ausbauen. Das WIR-Programm bündelt unsere Maßnahmen, wie Förderlotsen und viele mehr und soll weitergeführt und klar auf das Ziel gelingender Integration in unsere Gesellschaft ausgerichtet werden.

Zu dieser umfassenden Förderung gehören aber auch insbesondere die Sprachförderung in Kitas, die Fortführung unserer Intensivklassen in den Schulen und der Ausbau unseres »InteA« Programms (Integration durch Anschluss und Abschluss) an Beruflichen Schulen. Darüber hinaus halten wir an der verpflichtenden Sprachvermittlung im Rahmen der Integrationskurse fest.

Sofern die Frage darauf abzielt, wie nicht-pädagogisches Personal (»Quereinsteiger«) in die Arbeit als Lehrkraft an Beruflichen Schulen eingebunden (»integriert«) werden kann, beantworten wir sie wie folgt:

Hessen hat bereits etablierte Wege für den »Quereinstieg« von Lehrkräften geschaffen. Gerade – aber nicht nur – in den Beruflichen Schulen kann die Unterrichtung durch eine nicht vollständig pädagogisch ausgebildete Lehrkraft mit entsprechender fachlicher Qualifikation für den Schulbetrieb sehr bereichernd sein.

In bestimmten beruflichen Fachrichtungen besteht ein erhöhter Bedarf im hessischen Schuldienst, da nicht auf ausreichend viele ausgebildete Lehrkräfte zurückgegrif-

fen werden kann. Das Hessische Lehrkräftebildungsgesetz (HLbG) bietet deshalb die Möglichkeit zu einem berufsbegleitenden Quereinstieg in den hessischen Schuldienst. Wir haben hierbei eine Praxis etabliert, die für jeden Bewerber individuell Qualifizierungsaufgaben hinsichtlich der fachlichen und pädagogischen Kompetenzen erarbeitet, um in einer begleiteten Qualifizierungsphase die rechtlichen Voraussetzungen und praktischen Kompetenzen für die dauerhafte Lehrertätigkeit zu erlangen.

Um individuellen Erfordernissen gerecht zu werden, erfolgt auch die berufsbegleitende Eingruppierung im Einzelfall. Wer eine einem Lehramt gleichgestellte Qualifikation im Rahmen der berufsbegleitenden Qualifizierung erwirbt, erlangt zugleich auch die dem Lehramt an beruflichen Schulen entsprechende Befähigung für die Laufbahn des höheren Dienstes.

Diesen erfolgreichen Ansatz werden wir fortsetzen und bedarfsgerecht intensivieren, um den Schülerinnen und Schülern an den Beruflichen Schulen eine optimale Unterrichtsversorgung zukommen zu lassen. Auch die sonstigen Maßnahmen zur Weiterqualifikation und zum Quereinstieg in den Lehrämtern mit besonderen Bedarfen – insbesondere auch im Lehramt für berufliche Schulen – werden wir künftig bedarfsgerecht ausbauen und dabei Wert auf Qualität legen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir gehen davon aus, dass die Frage nicht auf den Quereinstieg in den Beruf als Lehrkraft, sondern auf die Integration von Schüler*innen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte abzielt. Hierbei kommt den beruflichen Schulen insbesondere im Rahmen der Sprachintensivförderung von InteA eine große Bedeutung zu. Diese hat sich unserer Wahrnehmung nach bewährt, um den Weg junger Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte in die duale Berufsausbildung zu fördern, weshalb wir diese weiterführen, bedarfsgerecht ausbauen und den Klassenteiler so bald wie möglich wieder senken wollen. Gleichzeitig wollen wir auch die Angebote zur Förderung der Bildungssprache Deutsch an den Schulen für Erwachsene stärken, um auch dort erfolgreiche Abschlüsse und Bildungswege jenseits der beruflichen Ausbildung zu ermöglichen. Darüber hinaus wollen wir auch erfolgreiche Programme wie »Wirtschaft integriert« und »Sozialwirtschaft integriert« fortführen und ausbauen. →

FDP

Der Lehrkräftemangel wird eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre sein. Beschränkte sich der Mangel lange nur auf bestimmte Fächer oder Schulformen, hat er mittlerweile fast flächendeckend das Bildungssystem erreicht. In beruflichen Schulen ist der Mangel in bestimmten Fächern besonders stark.

Wir begrüßen daher grundsätzlich den Einsatz von Quereinsteiger/innen, die den schulischen Alltag bereichern und den Lehrkräftemangel abfedern können. Gleichwohl halten wir es für unbedingt notwendig, diese Lehrkräfte in ausreichendem Maße nachzuqualifizieren. Hierfür sollten vielfältige, auch berufsbegleitende Maßnahmen geschaffen und Zugangswege zum Quereinstieg diversifiziert werden.

DIE LINKE

Wir brauchen für alle pädagogischen Berufe dringend eine wirkliche Fachkräfteoffensive. Parallel dazu müssen natürlich die Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, dass die Berufe wieder an Attraktivität gewinnen. Maßnahmen dazu haben wir in den vorherigen Fragen aufgezählt. Uns ist zudem sehr wichtig, dass die Qualifizierung zum Quereinstieg ohne finanzielle Einbußen einhergeht. Hier sehen wir eines der größten Bereitschaftshindernisse.

SPD

Um Vertretungslehrkräften eine Perspektive zu bieten und den Lehrermangel kurzfristig zu reduzieren, werden wir den berufsbegleitenden qualifizierenden Quereinstieg massiv ausbauen. Es ist eine unglaubliche Verschwendung von Ressourcen, wenn wir diejenigen, die wir aktuell zur Gewährleistung der Unterrichtsversorgung in Schulen einstellen, nach und nach auf die Straße setzen.

Welche Ressourcen beabsichtigt Ihre Partei den beruflichen Schulen für die Inklusion bereitzustellen?

CDU

Inklusion in der beruflichen Schule – ebenso wie in allen anderen Schulformen – ist ein berechtigtes Ziel, das wir unterstützen. Für Berufliche Schulen ist Inklusion Normalität.

Inklusion hat aber Grenzen und ist nicht für jeden Jugendlichen oder jungen Erwachsenen die beste Lösung. Wir betrachten jede

Schülerin und jeden Schüler individuell und lehnen deshalb eine Einheitslösung für alle auch hier ab.

Deshalb machen wir uns stark für den Erhalt der Förderschulen in Hessen, insbesondere auch den beiden »Beruflichen Förderschulen« bzw. Berufsbildungswerke in Nord- und Südhessen. Förderschulen sind ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil des Schulsystems und bieten jungen Menschen mit Behinderungen geschützte Räume, kleine Klassen, optimale Förderung, gesicherte Übergänge in den Beruf und Lebensalltag sowie hohe Fachlichkeit durch qualitativ bestens ausgebildete Lehrkräfte.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Unser Ziel ist, die inklusive Beschulung an allen allgemeinbildenden Schulen aber auch an den beruflichen Schulen zu stärken. Das Modell der inklusiven Schulbündnisse, die über die bedarfsgerechte Verteilung der Ressourcen unter Berücksichtigung aller Schulen vor Ort entscheiden, halten wir grundsätzlich auch für sinnvoll und wollen es weiterführen. Wir wollen den beruflichen Schulen aber zukünftig eine eigene förderpädagogische Ressource zur Verfügung stellen.

Um die Belastung der inklusiven Beschulung für alle Beteiligten zu verringern und die individuelle Förderung der Schüler*innen in der inklusiven Beschulung weiter zu verbessern, braucht es aber selbstverständlich auch weiter steigende Personalressourcen. Diese haben wir in den vergangenen Jahren bereits kontinuierlich aufgebaut und verstärkt – in diesem Schuljahr stehen über 4.880 Stellen für Förderschullehrkräfte in Hessen zur Verfügung – ca. 800 mehr als noch 2014. Über 2.785 Förderschullehrkräfte werden davon inzwischen im inklusiven Unterricht eingesetzt – knapp ein Drittel mehr als an Förderschulen. Damit haben wir die Zahl der Förderpädagog*innen, die in der inklusiven Beschulung eingesetzt werden, seit 2014 um ca. 50 Prozent gesteigert. Auch die Studienplatzkapazitäten im Bereich des Förderschullehramts haben wir deutlich – um 135 Studienplätze und damit 85 Prozent – gesteigert. Durch einen neuen Studiengang Förderpädagogik in Kassel wird zudem auch die Fachkräftesituation in Nordhessen verbessert werden. Gleichzeitig setzt der neue Studiengang einen stärkeren Schwerpunkt auf die Inklusion an allgemeinbildenden Schulen und stärkt damit den Gedanken des gemeinsamen Lernens in der Lehrkräfteausbildung und der Forschung. Darüber hinaus haben wir in der jüngst verabschiedeten Novelle des Hessischen Lehrkräftebil-

dungsgesetzes das Thema Inklusion als ein Querschnittsthema verankert, das zukünftig verbindlicher Bestandteil in allen drei Phasen der Lehrkräftebildung sein wird und somit mittelfristig zu einer deutlichen Professionalisierung und Entlastung der Lehrkräfte in der inklusiven Beschulung beitragen wird.

FDP

Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich auch das Bildungswesen – von der Kita bis zur Hochschule – verpflichtet hat. Wir Freie Demokraten stehen hinter der UN-Behindertenrechtskonvention und wollen, dass Inklusion umgesetzt wird. Den beruflichen Schulen kommt hier eine besondere Aufgabe zu, denn sie vermitteln neben beruflicher Orientierung und Berufsausbildung auch die allgemeinen Schulabschlüsse vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur. Ihre Schülerschaft ist daher besonders vielfältig.

Bisher hört die sonderpädagogische Förderung häufig in der Sekundarstufe I auf. Wir Freie Demokraten wollen prüfen, wie auch die beruflichen Schulen mit ausreichend Ressourcen für die sonderpädagogische Förderung ausgestattet werden können. Perspektivisch sollten dafür mehr Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Den Beratungs- und Förderzentren sollte auch in der beruflichen Bildung eine wesentliche Funktion zukommen.

DIE LINKE

Zunächst einmal wissen wir, dass Inklusion (neben den Förderschulen) vor allem an den Berufsschulen stattfindet, und dies schon seit vielen Jahren. Nichtsdestotrotz müssen auch berufliche Schulen wesentlich besser mit räumlichen, sachlichen und personellen Ressourcen ausgestattet werden. Gern möchte Die Linke Hessen jede Schule in die Lage versetzen, inklusiv unterrichten zu können. Vor allem müssen endlich multiprofessionelle Teams in allen Klassen eingesetzt werden. Da Inklusion für uns nicht nur die Inklusion von Menschen mit Behinderung oder Förderbedarf beinhaltet, sondern von allen Menschen, unabhängig ihres Geschlechts, Glaubens, finanziellen und sozialen Hintergrunds, Geburtsorts, usw. muss dort zeitnah und unbürokratisch nachgerüstet werden, wo Bedarf entsteht.

SPD

Wir sehen die sonderpädagogische Ressource als Unterstützungsleistung für alle Schülerinnen und Schüler einer Schule, werden deutlich mehr Stellen für die Inklusion →

schaffen und in diesem Sinn an jeder Schule eine auskömmliche Grundversorgung zur besonderen Förderung sicherstellen. Inklusion hat für uns in der Bildung einen hohen Stellenwert. Das werden wir dadurch zum Ausdruck bringen, dass wir gemeinsames Leben und Lernen als Chance und nicht als Hindernis begreifen, indem wir Kinder nicht in Kategorien einteilen, sondern ihre individuellen Stärken, Interessen und Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellen. Das ist ein anderer Ansatz als er bisher von den Regierenden in Hessen vertreten wird. Wir schaffen Schulen, die Chancen eröffnen und die wir fachlich so unterstützen, dass sie das auch umsetzen können. Ein bedeutender Unterschied liegt zum Ist-Zustand besteht darin, dass wir die Beratungs- und Förderzentren zusammen mit dem schulpsychologischen Dienst zu Unterstützungsagenturen für alle Schülerinnen und Schüler aller Schulformen weiterentwickeln.

Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um den besonderen Bedingungen an beruflichen Schulen gerecht zu werden und die beruflichen Schulen zu unterstützen, deren Gebäude und/oder Ausstattung/Anlagen etc. sanierungsbedürftig sind?

CDU

Wie bereits dargestellt wollen wir beste Rahmenbedingungen für Schüler und Lehrkräfte bieten und unsere Berufsschulen mit modernsten Geräten ausstatten, das Lehrpersonal aufstocken und für dezentrale Standortsicherheit sorgen.

Mit dem Kommunalinvestitionsprogramm »KIP macht Schule!« welches wir gemeinsam mit dem Bund aufgelegt haben wurde ein Investitionsvolumen von über einer halben Milliarde Euro generiert, das investiert wurde, um das Lernen, Lehren und Leben an den Schulen in Hessen weiter zu verbessern – durch Neubauten, Sanierungen oder für die schulische Ausstattung.

Wo das Land Möglichkeiten hat, werden wir auch in der Zukunft unterstützen. Das betrifft unter anderem Programme zur besseren technischen Ausstattung von Schulen und Schülerinnen und Schülern, unter anderem durch digitale Lerngeräte. Gemeinsam mit den Schulträgern wollen wir zudem an jeder Schule virtuelle Schulräume schaffen, um Kindern und Jugendlichen beste Perspektiven für das Zeitalter der Digitalisierung zu ermöglichen. Der Virtual-Reality-Raum wird das neue Computer-Zimmer jeder Schule.

Die Unterhaltung der baulichen Anlagen liegt in der Zugehörigkeit der kommunalen Schulträger. Das Land stellt den Kommunen unter anderem über einen Kommunalen Finanzausgleich in Rekordhöhe entsprechende Mittel bereit, die für eine moderne Schulinfrastruktur genutzt werden sollen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Auch wenn die Städte und Gemeinden als Schulträger für die bauliche Unterhaltung und sächliche Ausstattung an Schulen Verantwortung tragen, sind wir Grünen insbesondere aufgrund der unterschiedlichen Finanzkraft der Kommunen grundsätzlich bereit, hier von Landesseite zu unterstützen. Denn die pädagogische Weiterentwicklung von Schule – bspw. im Bereich der Inklusion und Digitalisierung – kann nur gelingen, wenn auch die räumlichen Strukturen darauf abgestimmt sind. Wir wollen deswegen mit den Schulträgern ein Innovationsprogramm für modernen Schulbau entwickeln, das die Individualisierung von Lern- Lehrsettings, rhythmisierten Ganztags, Digitalisierung und Inklusion in Schulgebäuden und auf dem Schulhof mitdenkt, nachhaltiges Bauen fördert und die klassischen Flur-Klassenraum-Schulen ersetzt.

Bereits in der Vergangenheit hat das Land mit den beiden kommunalen Investitionsprogrammen (KIP I und KIP II) den Kommunen erhebliche Mittel bereitgestellt, um z.B. Bau- und Sanierungsmaßnahmen an Schulen durchführen zu können. Die Laufzeit dieser beiden Programme haben wir während der Pandemie verlängert, um sicherzustellen, dass sich etwaige pandemiebedingte Verzögerungen bei der Umsetzung der geplanten Maßnahmen nicht negativ auswirken. Hinzu kamen Investitionsmittel von Bund und Ländern für die digitale Ausstattung. Darüber hinaus haben wir im Zuge der Corona-Pandemie ein 75-Mio.-Euro-Programm zur Umsetzung von Hygienemaßnahmen in Kitas und Schulen auf den Weg gebracht, bspw. zur Instandsetzung von Fenstern oder zur Anschaffung von Luftreinigungsgeräten.

FDP

Wir Freie Demokraten sind überzeugt: Moderne Pädagogik braucht moderne Räumlichkeiten. Dies gilt bei den beruflichen Schulen insbesondere, da sie einen den Hochschulen und Universitäten vergleichbaren Standard haben müssen.

Wir kritisieren daher, dass das im Koalitionsvertrag versprochene KIP-III-Programm in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr kommen wird. Gemeinsam mit den Schulträgern sollte das Land ausloten, wie es Schulen bei Sanierungs- und Modernisierungsbedarf besser unterstützen kann.

DIE LINKE

Seit vielen Jahren fordern wir bezüglich der Schulgebäudesanierungen eine umfassende, hessenweite Bedarfsanalyse. Die GEW Hessen geht von einem Sanierungsbedarf von bis zu fünf Milliarden Euro aus, und dies nur, um schon bestehende Gebäude zu sanieren. Doch damit ist es ja nicht getan! Viele Schulen verfügen noch immer nicht über eine Mensa. Häufig sind nicht einmal genügend Lernräume vorhanden. Der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsgrundschulplatz ab 2026 wird diese Situation noch verschärfen.

Daher hat die Fraktion Die Linke 2022 einen Gesetzentwurf eingebracht, der das Land Hessen in die Finanzierung von Schulsanierungen einbeziehen würde (Gesetz zur Stärkung der Schulinfrastruktur in Hessen, Drucksachennummer 20/9293), dieser wurde abgelehnt.

Hinzu kommt, dass ein inklusives Schulsystem natürlich auch eine inklusive Schulausstattung benötigt. Ebenso müssen Mittel für eine umfassende und für SuS und Lehrkräfte kostenlose Digitalisierung zur Verfügung stehen.

Die beruflichen Schulen benötigen zudem zusätzliche Haushaltsmittel, da sie ganz spezifische Ausstattung benötigen.

SPD

Grundsätzlich wollen wir alle Schulen baulich, sächlich und personell in die Lage versetzen, den Herausforderungen, die an sie gestellt werden, gerecht zu werden. In den Berufsschulen wollen wir erreichen, dass Erwachsene Zugang zu allen Bildungsangeboten erhalten. Wir wollen gleiche Lehr- und Lernbedingungen in ganz Hessen. Regionale Unterschiede werden wir beseitigen, indem wir unsere Schulträger bei der Modernisierung ihrer Schulen gezielt unterstützen. Bei der Planung und Sanierung von Schulbauten setzen wir auf vielfältig nutzbare Räume, Lern- und Bewegungslandschaften sowie die wechselseitige Nutzung zentraler Bereiche. →

Berufliche Orientierung und BÜA

Welche Bedeutung hat die Berufsorientierung für Ihre Partei und welche Umsetzungsstrategie wollen Sie verfolgen?

CDU

Berufliche Bildung und Handwerk verdienen insgesamt mehr Anerkennung. Die Stärkung der Berufsorientierung und der dualen Ausbildung sind daher zentrale Anliegen der CDU Hessen. Dieses verfolgen wir mit einem ganzheitlichen Ansatz.

Für uns steht fest: Die berufliche Orientierung beginnt dabei schon in der Grundschule, wo niederschwellige Angebote in Kooperation mit weiterführenden und beruflichen Schulen und/oder den Kammern oder der Bundesagentur für Arbeit geschaffen werden sollen.

Wir bekennen uns zum praxisnahen Konzept der Mittelstufenschule mit einem Schwerpunkt auf dem ländlichen Raum und wollen sie als Schulform durch eine besondere Mittelzuweisung und den Ausbau von Kooperationen mit Betrieben explizit fördern.

In allen Schulformen gilt es, die berufliche Orientierung zu stärken. Ein Schwerpunkt liegt hierbei auf den Gymnasien. Dafür wollen wir die Öffnung der Schule für die berufliche Orientierung, die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern, wie z. B. Betrieben, Interessenvertretungen, der Bundesagentur für Arbeit, und die Nutzung von intensivieren und frühzeitige Kontakte zwischen Schule und Praxis ermöglichen. Um eine spätere Ausbildung im Handwerk als attraktive Option zu erkennen, wollen wir das Handwerk bereits in der Grundschule und der Sekundarstufe I durch Kooperation mit Beruflichen Schulen, auch im Ganztage, stärken. Auch Praktika schaffen Einblicke in die Berufs- und Arbeitswelt und stärken die Anschlussperspektive der Schülerinnen und Schüler. Es gilt deshalb, sie in allen Bildungsgängen zu fördern. Wir wollen zudem prüfen, wie wir die positiven Erfahrungen regionaler Programme wie die des «Limburger Modells» oder des »ProBe« (Projekt zur Berufsorientierung in Nordhessen) landesweit umsetzen können.

Wir wollen jungen Menschen die Chancen und Perspektiven des Handwerks und einer beruflichen Ausbildung aufzeigen. Mit einer umfassenden Kampagne und einem Tag des Handwerks an Schulen wollen wir Schülerinnen und Schüler aller Schulwege für den Berufszweig Handwerk begeistern und die ökonomische Bildung stärken.

Mit vielfältigen Förderangeboten schaffen wir die Voraussetzungen, damit noch mehr junge Menschen Zugang zu Ausbildung erhalten. Berufliche Bildung ist in Hessen keine Sackgasse. Wir werden für echte Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung in rechtlicher, finanzieller und schulischer Hinsicht sorgen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir Grüne wollen eine Bildungslandschaft, die vielfältige Bildungsbiografien fördert und die Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung anerkennt. Die berufliche Orientierung an allgemeinbildenden Schulen und die Förderung der Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Bildungswegen ist für uns deswegen nicht nur eine Frage der Wertschätzung individueller Stärken, Fähigkeiten und Lebensleistungen, sondern auch notwendig, um den hohen Fachkräftebedarf in vielen Ausbildungsberufen zukünftig decken zu können. Aus diesem Grund haben wir bspw. bereits den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte auch ohne Meisterabschluss eingeführt. Dies soll dazu führen, dass sich mehr junge Menschen für eine berufliche Ausbildung entscheiden, da sie sich auch damit alle Wege offen halten. Zudem haben wir die Berufsorientierung durch verbindlichere Vorgaben zur Umsetzung von Aktivitäten durch die allgemeinbildenden Schulen deutlich gestärkt und bspw. festgelegt, dass alle weiterführenden Schulen mindestens eine Kooperation mit einem Unternehmen, einem Betrieb oder einer Hochschule verpflichtend eingehen müssen und an allen allgemeinbildenden Schulen mindestens zwei Betriebspraktika abgeleistet werden müssen. Insbesondere an Gymnasien wollen wir aber die berufliche Orientierung und die Ausbildungsfähigkeit noch weiter stärken. Vor allem braucht es aber auch ein gesamtgesellschaftliches Umdenken zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung.

FDP

Wir halten die Berufs- und Studienorientierung für eine wichtige Aufgabe der (allgemeinbildenden) Schulen. Die Berufsorientierung muss daher in allen Schulformen und Bildungsgängen gestärkt werden und eine enge Einbindung von außerschulischen Partnern in Wirtschaft und Verwaltung sichergestellt sein. Schüler/innen müssen rechtzeitig und ergebnisoffen über Ausbildungsmöglichkeiten informiert werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei neben der Vernetzung von allgemeinbildenden und

beruflichen Schulen auch eine gute Elternarbeit bei der die Betonung der Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung ein Schwerpunkt sein sollte. Dies gilt schon beim Übergang von der vierten zur fünften Klasse.

Individuelle Voraussetzungen der Jugendlichen sollten bei der Ausgestaltung der Berufsorientierung besonders berücksichtigt werden.

DIE LINKE

Frühzeitige Berufsorientierung an allen weiterführenden Schulformen halten wir für wichtig. Allerdings möchten wir beispielsweise auch eine Ausbildungsgarantie sowie eine einheitliche und verbindliche Vergütung für schulische Ausbildungen.

Der Fachkräftemangel sorgt an vielen Stellen für erschreckende Arbeitsbedingungen. Die betroffenen Berufe müssen durch gute Arbeitsbedingungen wieder attraktiv gemacht werden. Auch dies ist Teil einer guten Berufsorientierung, vor allem, da viele junge Menschen sich um die finanzielle und berufliche Zukunft sorgen.

So oder so würden wir SuS ab der sechsten Klasse gerne verstärkt die Möglichkeit geben, in verschiedene Berufe herein zu schnuppern. Ein entsprechendes Angebot sollte in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit und mit regionalen Ausbildungsbetrieben erarbeitet werden.

SPD

Berufsorientierung zu stärken, ist leider zu einer Floskel geworden. Wir müssen Schule neu denken, Veränderungen wagen, praktisches Lernen fördern, um Jugendliche fit für Leben und Beruf machen. Viele Schülerinnen und Schüler fühlen sich schlecht oder gar nicht vorbereitet, auf das, was nach dem Abschluss der allgemeinen Schule auf sie zukommt. Dieses Gefühl hat in der Corona-Pandemie zugenommen, belastet viele Jugendliche psychisch sehr stark. Schule muss Orientierung geben, ist ein Ankerplatz, muss berufliche Möglichkeiten aufzeigen und deutlich machen, dass berufliche und akademische Bildung gleichwertig sind, dass sie vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten und existenzsichernde Erwerbsbiografien ermöglichen.



Welchen Nachsteuerungsbedarf sieht Ihre Partei im Hinblick auf die Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA)?

CDU

Der Schulversuch Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA) soll flächendeckend in Hessen umgesetzt und noch zielgerichteter auf Ausbildung ausgerichtet werden.

Insbesondere für Erzieher- und Pflegeberufe sollen Werbemaßnahmen intensiviert werden, da diese Ausbildung in Landesverantwortung erfolgt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Unserer Einschätzung nach – und das spiegeln uns auch zahlreiche Rückmeldungen aus den Berufsschulen selbst wider – weist das Konzept der Berufsfachschulen zum Übergang in Ausbildung (BÜA) grundsätzlich in die richtige Richtung. Gleichwohl erreichen uns Hinweise, dass die in dieser Legislaturperiode vorgenommenen Modifikationen im Zuge der Verlängerung des Modellprojekts, bspw. was das Erwerben von Schulabschlüssen anbelangt, weniger gewinnbringend sind als erhofft. Insofern werden wir überprüfen, ob sich das Angebot von BÜA zukünftig wieder stärker auf das eigentliche Ziel – die Vermittlung in Ausbildungsverhältnisse durch Maßnahmen der Berufsorientierung und -vorbereitung – konzentrieren sollte. Darüber hinaus wollen wir prüfen, inwiefern die Unterstützung der Schüler*innen durch sozialpädagogische Fachkräfte auch nach der Vermittlung in ein Ausbildungsverhältnis für einen gewissen Zeitraum fortgeführt werden kann, um

eine erfolgreiche Eingewöhnung in den Berufsalltag zu fördern.

FDP

Erfolgreiche Abschlüsse sind eine zentrale Grundlage für die gesellschaftliche und berufliche Teilhabe junger Menschen. Es ist deshalb sinnvoll, Programme fortzusetzen, die das Ziel haben, Jugendliche zu einem Schulabschluss und in ein Ausbildungsverhältnis zu vermitteln.

Wir halten den Ansatz von BÜA grundsätzlich für richtig, wollen das Projekt jedoch weiterentwickeln. Dazu gehört auch, die Einbindung von Sozialarbeiter/innen sowie Förderpädagogen/innen zu verstärken.

DIE LINKE

Die Linke Hessen war zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit Hessen sehr empört, als die Berufseinstiegsbegleitung (BerEb) nicht weiter vom Land finanziert worden ist, obwohl dieses Programm sehr erfolgreich und auch einzigartig war, da es junge Menschen auch nach der Vermittlung in einen Beruf/ Arbeitsplatz noch begleitet hat.

BÜA müsste ausgeweitet werden, damit dieser Versuch noch mehr junge Menschen erreicht. Nach wie vor sind bestimmte SuS von der Stufe II ausgeschlossen. In Stufe II wird der Klassenteiler leider auch wieder auf 25 gehoben, was zu deutlich schlechteren Lehr- und Förderbedingungen führt, zumal die sonderpädagogischen Anteile im Programm deutlich erhöht werden müssten. Die Arbeitsbelastung ist sehr groß, hier sehen wir dringenden Nachsteuerungsbedarf. Zudem sind die »Vermittlungserfolge« in die Ausbildung leider relativ klein (um die 20 %

im Durchschnitt). Eine engere Vernetzung mit Ausbildungsbetrieben wäre wichtig, doch auch dafür müssten mehr personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

SPD

Wir sehen BÜA z.o. als Rückschritt im Vergleich zu den Möglichkeiten, die es vorher gab, weil es stärker festgelegt ist und weniger Wahlmöglichkeiten gibt. Aus unserer Sicht ist eine Evaluation von BÜA erforderlich, bevor man transparent und unter Beteiligung aller Akteure nachsteuert. Auch müsste, wie oben erwähnt, das zuständige Referat im HKM besser personell ausgestattet werden. Wir halten die Zuweisung von sozialpädagogischen Fachkräften für zu niedrig, um die entsprechende Förderung zu gewährleisten. Auch bezüglich der Zuweisung von Förderlehrkräften, die grundsätzlich allen Berufsschulen in angemessener Höhe zur Verfügung stehen müssen, sehen wir Nachsteuerungsbedarf.



Man kann sie derzeit gar nicht übersehen. Die vielen Plakate, mit denen stolze Eltern ihren Kindern Erfolg und Glück für die bevorstehenden Abiturprüfungen wünschen und die schon von weitem eine Schule als Gymnasium identifizieren. In diesem Jahr gab es von einem hessischen

Der Hype um das Abitur und die Unterschätzung der dualen Ausbildung

VON BRITTA BERGMANN



Radiosender sogar eine hörbare Abiplakatwand, die sowohl von Eltern und Freunden aber auch von Lehrkräften genutzt wurde, um in gebührendem Maße dem akademischen Nachwuchs zu huldigen. Doch wo sind die Plakate für all diejenigen, die im Begriff sind eine duale Ausbildung abzuschließen? Warum wird diesen Prüfungen so wenig Aufmerksamkeit, auch von medialer Seite, geschenkt und warum wird die duale Ausbildung in der öffentlichen Wahrnehmung so häufig unterbewertet oder als zweitklassig angesehen?

Es ist unbestreitbar, dass das Abitur viele Türen öffnet. Es ist der Schlüssel zu vielen akademischen Berufen und bietet eine hervorragende Basis für eine erfolgreiche Karriere. Es ist jedoch auch wahr, dass das Abitur oft überbewertet wird und die duale Ausbildung unterschätzt wird. Eine Berufsausbildung vereint viele Vorteile miteinander. Sie vermittelt u. a. praktische Fähigkeiten und Erfahrungen, die direkt im Berufsleben anwendbar sind und die Absolventen und Absolventinnen zu begehrten Fachkräften macht. Eine abgeschlossene Berufsausbildung bietet zudem gute Verdienstmöglichkeiten und ermöglicht es den Absolventinnen und Absolventen schon früh finanzielle Unabhängigkeit zu erlangen. Neben dem Vorteil der finanziellen Unabhängigkeit für das Individuum selbst, bietet eine duale Ausbildung aber auch gesamtgesellschaftliche Vorteile, denn bereits während der Ausbildung wird in das Sozialversicherungssystem eingezahlt.

Es ist an der Zeit, die duale Ausbildung zu würdigen und ihren Stellenwert in der Gesellschaft anzuerkennen, denn es sind die gut ausgebildeten Fachkräfte, die dafür sorgen, dass unsere Wohnungen warm, die Autos fahrtüchtig und die Regale im Supermarkt gefüllt sind. Ein erster Schritt wäre, wenn Kultusministerinnen und Kultusminister nicht nur den Abiturientinnen und Abiturienten Erfolg für ihre bevorstehenden Prüfungen wünschen würden, sondern auch denjenigen, die sich den Prüfungen der (dualen) Berufsausbildung stellen.

Wir sollten uns bewusstmachen, dass es mehrere Wege für eine erfolgreiche berufliche Zukunft gibt. Eine duale Ausbildung ist genauso wertvoll wie ein Abitur. Wir sollten uns von dem Hype um das Abitur lösen und die duale Ausbildung als eine gleichwertige Alternative betrachten und entsprechend auch öffentlich wertschätzen.



Die Vertreter des glb

glb-Geschäftsstelle

Somborner Straße 21, 63517 Rodenbach
 Tel.: 06184 / 2056657
 Fax: 06184 / 2056658
 E-Mail: glb.hessen@t-online.de
 Internet: www.glb-hessen.de

Bürozeiten während der Schulzeit:

Montag bis Donnerstag: von 08:00 bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 bis 17:00 Uhr

Während der Hessischen Schulferien ist die Geschäftsstelle nicht besetzt. Bitte wenden Sie sich während der Schulferien in dringenden Angelegenheiten direkt an die/den zuständigen Ansprechpartner*in im Landesvorstand.

Geschäftsstellenleiterin:

Renate Wolmer

Redaktion Impulse:

Monika Otten
 Dr. Christian Lannert

Landesvorstand

Landesvorsitzende:

Monika Otten

Tel.: 06085 970278 (privat)
☐ monika.otten@glb-hessen.de

Regionalvertreter Nord und stv. Landesvorsitzender:

Dr. Claus Wenzel

Tel.: 05651 952926 (privat)
☐ dr.claus.wenzel@glb-hessen.de

Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Verbandszeit-schrift/Presse:

Dr. Christian Lannert

Tel.: 0170 4191011 (privat)
☐ dr.christian.lannert@glb-hessen.de

Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit im Bereich des Internetauftritts:

Oliver Tiemann

Tel.: 0160 98286678 (privat)
☐ oliver.tiemann@glb-hessen.de

Vertreter für Grundsatzfragen:

Jürgen Fachinger

Tel.: 06431 76844 (privat)
☐ juergen.fachinger@glb-hessen.de

Vertreterin für Fachlehrerinnen/ Fachlehrer:

Roselinde Kodym

Tel.: 06471 39287 (privat)
☐ roseline.kodym@glb-hessen.de

Vertreter für Recht und Besoldung:

Wenzel Preis

Tel.: 06432 61375 (privat)
☐ wenzel.preis@glb-hessen.de

Vertreter für Seniorinnen und Senioren:

Stefan Kerkemeyer

Tel.: 06441 74721 (privat)
☐ stefan.kerkemeyer@glb-hessen.de

Vertreterin für Lehreraus-, fort- und -weiterbildung:

Heidi Hagelüken

Tel.: 0561 311621 (privat)
☐ heidi.hagelueken@glb-hessen.de

Vertreter für Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst / Studentinnen und Studenten

Carsten Noll

Tel.: 0163 6281320 (privat)
☐ carsten.noll@glb-hessen.de

Vertreter des landwirtschaftlichen Bereichs:

Dr. Hans-Albert Lotze

Tel.: 05675 9886 (privat)
☐ dr.hans-albert.lotze@glb-hessen.de

Gleichstellungsbeauftragte:

Britta Bergmann

Tel.: 0178 5071540 (privat)
☐ britta.bergmann@glb-hessen.de

Vertreter des VKR:

Horst Conze

Tel.: 09747 930935 (privat)
☐ horst.conze@glb-hessen.de

Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen

Somborner Straße 21 • 63517 Rodenbach • Tel.: 06184 / 2056657 • Fax: 06184 / 2056658

E-Mail: glb.hessen@t-online.de • Internet: www.glb-hessen.de • www.facebook.com/glb.hessen

August 2023	September 2023	Oktober 2023	November 2023	Dezember 2023	Januar 2024
1 Di 31	1 Fr	1 So	1 Mi Allerheiligen	1 Fr	1 Mo Neujahr
2 Mi	2 Sa	2 Mo 40	2 Do	2 Sa	2 Di 1
3 Do	3 So	3 Di Tag der Deutschen Einheit	3 Fr	3 So 1. Advent	3 Mi
4 Fr	4 Mo 36	4 Mi	4 Sa	4 Mo 49	4 Do
5 Sa	5 Di	5 Do	5 So	5 Di	5 Fr
6 So	6 Mi	6 Fr	6 Mo 45	6 Mi	6 Sa Heilige Drei Könige
7 Mo 32	7 Do	7 Sa	7 Di	7 Do	7 So
8 Di	8 Fr	8 So	8 Mi	8 Fr	8 Mo 2
9 Mi	9 Sa	9 Mo 41	9 Do	9 Sa	9 Di
10 Do	10 So	10 Di	10 Fr	10 So 2. Advent	10 Mi
11 Fr	11 Mo 37	11 Mi	11 Sa	11 Mo 50	11 Do
12 Sa	12 Di	12 Do	12 So	12 Di	12 Fr
13 So	13 Mi	13 Fr	13 Mo 46	13 Mi	13 Sa
14 Mo 33	14 Do	14 Sa	14 Di	14 Do	14 So
15 Di Mariä Himmelfahrt	15 Fr	15 So	15 Mi	15 Fr	15 Mo 3
16 Mi	16 Sa	16 Mo 42	16 Do	16 Sa	16 Di
17 Do	17 So	17 Di	17 Fr	17 So 3. Advent	17 Mi
18 Fr	18 Mo 38	18 Mi	18 Sa	18 Mo 51	18 Do
19 Sa	19 Di	19 Do	19 So Volksstrauertag	19 Di	19 Fr
20 So	20 Mi	20 Fr	20 Mo 47	20 Mi	20 Sa
21 Mo 34	21 Do	21 Sa	21 Di	21 Do	21 So
22 Di	22 Fr	22 So	22 Mi Buß- und Betttag	22 Fr	22 Mo 4
23 Mi	23 Sa	23 Mo 43	23 Do	23 Sa	23 Di
24 Do	24 So	24 Di	24 Fr	24 So 4. Advent Heiligabend	24 Mi
25 Fr	25 Mo 39	25 Mi	25 Sa	25 Mo 1. Weihnachtstag	25 Do
26 Sa	26 Di	26 Do	26 So Totensonntag	26 Di 2. Weihnachtstag	26 Fr
27 So	27 Mi	27 Fr	27 Mo 48	27 Mi 52	27 Sa
28 Mo 35	28 Do	28 Sa	28 Di	28 Do	28 So
29 Di	29 Fr	29 So Ende der Sommerzeit	29 Mi	29 Fr	29 Mo 5
30 Mi	30 Sa	30 Mo 44	30 Do	30 Sa	30 Di
31 Do		31 Di Reformationstag		31 So Silvester	31 Mi

ulen in Hessen e. V.

hessen



Februar 2024	März 2024	April 2024	Mai 2024	Juni 2024	Juli 2024
1 Do	1 Fr	1 Mo Ostermontag	1 Mi Maifeiertag	1 Sa	1 Mo 27
2 Fr	2 Sa	2 Di 14	2 Do	2 So	2 Di
3 Sa	3 So	3 Mi	3 Fr	3 Mo 23	3 Mi
4 So	4 Mo 10	4 Do	4 Sa	4 Di	4 Do
5 Mo 6	5 Di	5 Fr	5 So	5 Mi	5 Fr
6 Di	6 Mi	6 Sa	6 Mo 19	6 Do	6 Sa
7 Mi	7 Do	7 So	7 Di	7 Fr	7 So
8 Do	8 Fr	8 Mo 15	8 Mi	8 Sa	8 Mo 28
9 Fr	9 Sa	9 Di	9 Do Christi Himmelfahrt	9 So	9 Di
10 Sa	10 So	10 Mi	10 Fr	10 Mo 24	10 Mi
11 So	11 Mo 11	11 Do	11 Sa	11 Di	11 Do
12 Mo Rosenmontag 7	12 Di	12 Fr	12 So Muttertag	12 Mi	12 Fr
13 Di Fastnacht	13 Mi	13 Sa	13 Mo 20	13 Do	13 Sa
14 Mi Aschermittwoch	14 Do	14 So	14 Di	14 Fr	14 So
15 Do	15 Fr	15 Mo 16	15 Mi	15 Sa	15 Mo 29
16 Fr	16 Sa	16 Di	16 Do	16 So	16 Di
17 Sa	17 So	17 Mi	17 Fr	17 Mo 25	17 Mi
18 So	18 Mo 12	18 Do	18 Sa	18 Di	18 Do
19 Mo 8	19 Di	19 Fr	19 So Pfingstsonntag	19 Mi	19 Fr
20 Di	20 Mi	20 Sa	20 Mo Pfingstmontag	20 Do	20 Sa
21 Mi	21 Do	21 So	21 Di 21	21 Fr	21 So
22 Do	22 Fr	22 Mo 17	22 Mi	22 Sa	22 Mo 30
23 Fr	23 Sa	23 Di	23 Do	23 So	23 Di
24 Sa	24 So	24 Mi	24 Fr	24 Mo 26	24 Mi
25 So	25 Mo 13	25 Do	25 Sa	25 Di	25 Do
26 Mo 9	26 Di	26 Fr	26 So	26 Mi	26 Fr
27 Di	27 Mi	27 Sa	27 Mo 22	27 Do	27 Sa
28 Mi	28 Do Gründonnerstag	28 So	28 Di	28 Fr	28 So
29 Do	29 Fr Karfreitag	29 Mo 18	29 Mi	29 Sa	29 Mo 31
	30 Sa	30 Di	30 Do Fronleichnam	30 So	30 Di
	31 So Ostersonntag Anfang der Sommerzeit		31 Fr		31 Mi

Kreisvorsitzende

Vorsitzende der Kreisverbände in der Region Süd

Bergstraße:

Mireille Kadel

Tel.: 06253 972555 (privat)

✉ mireille.kadel@gmx.de

Darmstadt/ Darmstadt-Dieburg:

Christiane Nierula-Riese

Tel.: 06162 982874 (privat)

✉ c.nierula_riese@me.com

Frankfurt:

Thomas Wagner

Tel.: 0173 6935323 (privat)

✉ ing.wagner@gmx.net

Groß-Gerau/ Main-Taunus:

Andreas Tilsner

Tel.: 06151 592903 (privat)

✉ andreas@tilsner.eu

Hochtaunus:

Claudia Schramm

Tel.: 0178 4950003 (privat)

✉ claudia.schramm@online.de

Main-Kinzig:

Andreas Müller

Tel.: 06661 916482 (privat)

✉ andreas.mueller@kinzig-schule.de

Odenwald:

Stefan Sonnenburg

Tel.: 0171 2209628

(privat)

✉ stefan.sonnenburg@

bso-michelstadt.de

Offenbach:

Claudia Vaas-Henely

Tel.: 0170 7878402 (privat)

✉ claudia.vaas-henely@

gks-obertshausen.de

Rheingau-Taunus/ Wiesbaden:

L. Volbracht

Tel.: 0611 16898472 (privat)

✉ glb.wiesbaden@gmx.de

Vorsitzende der Kreisverbände in der Region Mitte

Gießen:

Karina Gottschalk

Tel.: 06451 715537 (privat)

✉ karinagottschalk@web.de

Lahn-Dill:

Karsten Hees

Tel.: 0271 3845760 (privat)

✉ karsten-hees@t-online.de

Limburg-Weilburg:

Steffen Lippert

Tel.: 0151 19117851 (privat)

✉ steffen-lippert@t-online.de

Marburg-Biedenkopf:

Joachim Blaufuß

Tel.: 06421 350273 (privat)

✉ jblaufuss@freenet.de

Vogelsberg:

Holger Arnold

Tel.: 0661 3806544 (privat)

✉ holger@arnoldcity.de

Vorsitzende der Kreisverbände in der Region Nord

Fulda:

Thomas Beer

Tel.: 0171 8243790 (privat)

✉ thomas59beer@web.de

Hersfeld-Rotenburg:

Regina Röse

Tel.: 06622 42104 (privat)

✉ regina.roese@web.de

Schwalm-Eder:

Sylke Hilgenberg

Tel.: 05682 5934 (privat)

✉ hilgis@online.de

Waldeck-Frankenberg:

Markus Ebel

Tel.: 05633 1846 (privat)

✉ office@msebel.de

Werra-Meißner:

Klaus Heuckeroth

Tel.: 06627 8846 (privat)

✉ klaus.heuckeroth@gmx.de

glb-Mitglieder in den Personalräten

Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer im Hessischen Kultusministerium:

Bitte erfragen Sie die aktuellen Kontaktdaten in der Geschäftsstelle des Gesamtverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V. (glb).

Gesamtpersonalräte der Lehrerinnen und Lehrer in den Staatlichen Schulämtern

REGION SÜD:

Bergstraße/Odenwald:

Mireille Kadel

Tel.: 06253 972555 (privat)
✉ mireille.kadel@gmx.de

Gewerkschaftsbeauftragter:

Uwe Bickelhaupt

Tel.: 06254 943565 (privat)
✉ uwe.bickelhaupt@t-online.de

Darmstadt/ Darmstadt-Dieburg:

Christiane Nierula-Riese

Tel.: 06162 982874 (privat)
✉ c.nierula_riese@me.com

Martina Bott

Tel.: 06155 61320 (privat)
✉ u-m-bott@gmx.net

Main-Kinzig:

Bianca Schmidt

Tel.: 06661 6076765 (privat)
✉ bianca.schmidt@kinzig-schule.de

Gewerkschaftsbeauftragter:

Andreas Müller

Tel.: 06661 916482 (privat)
✉ andreas.mueller@kinzig-schule.de

Offenbach:

Heidi Schneider

Tel.: 0170 1826905 (privat)
✉ heidi.schneider@gks-obertshausen.de

Claudia Vaas-Henely

Tel.: 0170 7878402 (privat)
✉ claudia.vaas-henely@gks-obertshausen.de

Rheingau-Taunus/ Wiesbaden:

L. Volbracht

Tel.: 0611 16898472 (privat)
✉ glb.wiesbaden@gmx.de

Martina Herz

Tel.: 0152 31886597 (privat)
✉ herztina@googlemail.com

REGION MITTE:

Gießen/Vogelsberg:

Gewerkschaftsbeauftragte und Nachrückerin:

Melanie König-Greilich

Tel.: 0160 96440176 (privat)
✉ m.koenig@wso-giessen.net

Lahn-Dill/ Limburg-Weilburg:

Alexander Neuhoff

Tel.: 06471 923929 (privat)
✉ A.Neuhoff@t-online.de

Gewerkschaftsbeauftragte:

Sandra Redling

Tel.: 06471 5160615 (privat)
✉ s.redling@wks-weilburg.de

Marburg-Biedenkopf:

Joachim Blaufuß

Tel.: 06421 350273 (privat)
✉ jblaufuss@freenet.de

REGION NORD:

Fulda:

Kristin Huke

Tel.: 0173 5766440 (privat)
✉ kristinhuke@gmx.de

Gewerkschaftsbeauftragter:

Thomas Beer

Tel.: 0171 8243790 (privat)
✉ thomas59beer@web.de

Hersfeld-Rotenburg/ Werra-Meißner:

Dr. Claus Wenzel

Tel.: 05651 952926 (privat)
✉ wenzelc@uni-kassel.de

Regina Röse

Tel.: 06622 42104 (privat)
✉ regina.roese@web.de

Gewerkschaftsbeauftragte:

Stefanie Killmer

Tel.: 0162 4108888 (privat)
✉ s.killmer@bso-hef.de

Kassel:

Claus Grün

Tel.: 0173 5701955 (privat)
✉ gruen@max-eyth-schule.de

Schwalm-Eder/ Waldeck-Frankenberg:

Markus Ebel

Tel.: 05633 1846 (privat)
✉ office@msebel.de

Sylke Hilgenberg

Tel.: 05682 5934 (privat)
✉ hilgis@online.de

Gewerkschaftsbeauftragte:

Heidrun Spenner

Tel.: 06691 6034 (privat)
✉ hspenner@gmx.de

Elvira Grell

Tel.: 05621 74121 (privat)
✉ jegrell@gmx.de

Deutscher Lehrerverband und Hessischer Philologenverband begrüßen Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium Dr. Manuel Lösel

VON ANDREAS GÖBEL

Auf Einladung des Deutschen Lehrerverbandes Hessen **dlh** und des Hessischen Philologenverbandes (HPhV) unter der Leitung des Kreisvorsitzenden Andreas Göbel trafen sich am vergangenen Mittwoch zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer aus ganz Nordhessen in Fritzlar zu einem umfassenden Informationsaustausch mit dem Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium, Dr. Manuel Lösel.

Beginnend mit einem kurzen Rückblick auf die Corona-pandemie und die Darstellung der Maßnahmen des Hessischen Kultusministeriums zur Abfederung ihrer Auswirkungen im Schulbereich, die bewusst

auch nach Abklingen der Pandemie fortgeführt würden, betonte der Staatssekretär anschließend die im Vergleich zu anderen Bundesländern gute Position Hessens bei der Lehrerversorgung. Hier zahle sich insbesondere die vorausschauende Planung Hessens aus, einem möglichen Lehrermangel durch geeignete Maßnahmen wie der Rückgewinnung von Pensionären oder Quereinsteigerprogrammen entgegenzuwirken.

In dem anschließenden sehr offenen und sachlichen Austausch waren die Herausforderungen durch die Flüchtlingssituation im Schulbereich ein zentrales Thema. Dr. Lösel machte deutlich, dass diese Entwicklung auch die hessische Schulpolitik vor neue und große Herausforderungen stelle. Er erläuterte den hessischen Weg, Seiteneinsteiger zunächst intensiv sprachlich zu fördern, bevor sie in die Regelklassen wechseln.

Weitere aktuelle Themen der hessischen Schulpolitik wie die allgemeinen Arbeitsbedingungen der hessischen Lehrkräfte, die Einstellungs- und Besoldungssituation, die Attraktivität des Lehrerberufs und die Digitalisierung sowie die Bedeutung der dualen Ausbildung und der beruflichen Bildung wurden aus dem Publikum angesprochen und mit dem Gast intensiv diskutiert. Dabei nahm Dr. Lösel auch die Anregungen der Anwesenden dankbar auf.

Nach einer insgesamt fast zweistündigen, sehr interessanten und anregenden Diskussion bedankte sich Andreas Göbel bei Dr. Manuel Lösel für die ausführliche Beantwortung der Fragen. Er schloss die gelungene Veranstaltung mit dem Wunsch, dass Dr. Manuel Lösel die Eindrücke und Anregungen der Lehrer mit nach Wiesbaden nehmen möge, damit sie auch dort Gehör finden. ←

*v.l.n.r.: Boris Krüger
(HPhV-*

Bezirksvorsitzender)

Dr. Manuel Lösel

(Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium)

Andreas Göbel

(HPhV-Kreisvorsitzender)

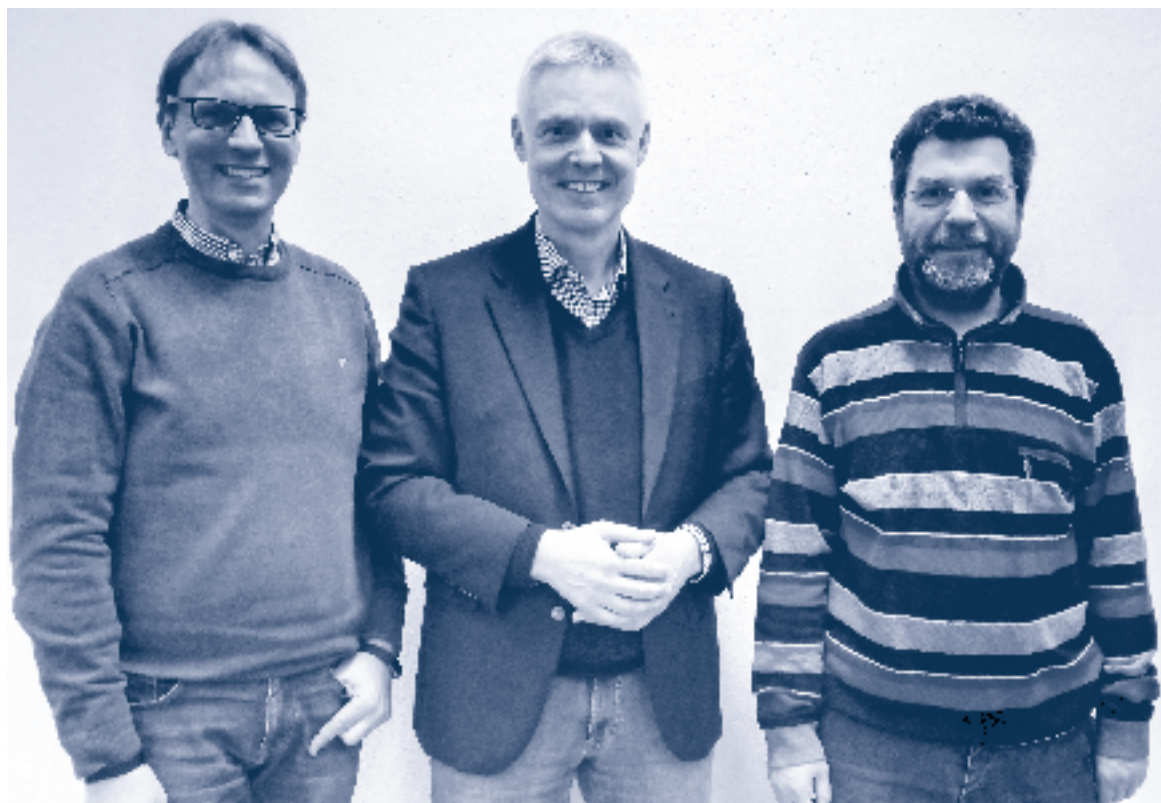




Foto: dbb Hessen

Der neue Vorsitzende des dbb Hessen ist der alte: Die mehr als 180 Delegierten des 20. Gewerkschaftstags des dbb Hessen in Darmstadt haben Heini Schmitt mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. Er erhielt 92 Prozent der Stimmen und wird den Verband die nächsten fünf Jahre führen.

Gewerkschaftstag des dbb Hessen

DBB HESSEN

In der Landesleitung gab es weitere Veränderungen. Neuer Schatzmeister ist Volker Weigand (hphv). Weigand sprachen 97 Prozent der Delegierten ihr Vertrauen aus. Er übernimmt das Amt von Thomas Müller, der nicht mehr kandidierte. Müller wurde abschließend für seine langjährigen Verdienste zum Ehrenmitglied ernannt.

Weiterhin wählten die Delegierten Richard Thonius (Komba 146 Stimmen), Anke Schneider (vbe, 130 Stimmen), Christian Poplutz (VdB HRH, 146 Stimmen) und Julika Lückel (DVG, 163 Stimmen). Sie fungieren die kommenden Jahre als stellvertretende Landesvorsitzende.

Neu im Landesvorstand - der erweiterten Landesleitung plus Beisitzer - sind Björn Werminghaus (DPoIG), Carolin Krause (Komba), Cosima Eberius (vbba), Klaus Dörfel (VdStra), Melihat Coskun (DVG) Rudolf Schultheiß (GDL), Uwe Tapken (VRFF) und René Pfeiffer (DSTG).

Lang war die Liste der Ehrengäste, die Heini Schmitt zur Öffentlichkeitsveranstaltung am Mittwoch begrüßen durfte: Innenminister Peter Beuth, von den Landtags-

fraktionen Alexander Bauer (CDU), Jürgen Frömmrich (Grüne), Günther Rudolph (SPD), René Rock (FDP) und Elisabeth Kula (Linke), dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach, die dbb Bundesfrauenvorsitzende, Milanie Kreutz, der Vorsitzende der Bundesseniorenvertretung, Dr. Horst Günther Klitzing, der Antisemitismusbeauftragte der hessischen Landesregierung, Staatssekretär Uwe Becker, der geschäftsführende Direktor des hessischen Landkreistags, Prof. Dr. habil. Jan Hilligart, die dbb Landesbundvorsitzenden aus Rheinland-Pfalz, Lilli Lenz, Baden-Württemberg, Kai Rosenberger, dem Saarland, Ewald Linn, Thüringen, Frank Schönborn und Niedersachsen, Alexander Zimbehl. Dazu die Bundesvorsitzende des Philologenverbands, Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing und der Bundesvorsitzende der VDStr., Hermann-Josef Siebigteroth.

In seiner Grundsatzrede erinnerte Heini Schmitt an die Rolle des öffentlichen Dienstes als gesellschaftlicher Stabilitätsfaktor – sei es während der Pandemie, im Umgang mit den Folgen des Kriegs oder mit Blick auf allgemeine Zukunftsängste in der Bevölkerung. Als nach wie vor DAS beherrschende Thema identifizierte Schmitt jedoch die Alimentation. Zwar schrieb er dem Innenminister und den Noch-Vertretern der Regierung ins Stammbuch, dass das Volumen der Nachbesserung immer noch eklatant zu niedrig ist, mit Blick auf andere Bundesländer und den Bund sei die Methode der Reparatur (ganz maßgeblich lineare Anhebung der Grundbe-soldung) der richtige Weg und entspreche der Forderung des dbb Hessen. Und Schmitt richtete deutliche Worte in Richtung aller anwesenden Landespolitiker: »Sobald der Koalitionsvertrag nach der Wahl unterschrieben ist, werden wir wieder vor der Türe stehen und darauf drängen, ordentliche Schritte nachzulegen.«

Schmitt stellte auch einen Vergleich des hessischen Tarifvertrags zu dem der anderen Bundesländer her und mahnte für die Einkommensrunde in Hessen im Frühjahr 2024 lineare Erhöhungen in der Größenordnung des jüngst ausgehandelten TVöD an.



Weiterhin hob er noch die große Bedeutung der Bekämpfung von Übergriffen gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst hervor und verwies auf die noch offenen Forderungen aus dem Bekämpfungskonzept des dbb Hessen.

Schließlich sprach er das jüngst verabschiedete neue hessische Personalvertretungsgesetz an. »Auch hierzu werden wir gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode mit Forderungen nach weiteren Verbesserungen an die politischen Entscheidungsträger herantreten«, so Schmitt.

Er endete mit den Worten an den Innenminister und die Vertreter der Fraktionen: »Der dbb Hessen wird auch in den kommenden fünf Jahren ein verlässlicher, aber auch unnachgiebiger Partner sein!«

Innenminister Beuth lobte die Arbeit des öffentlichen Dienstes in den vergangenen Krisenjahren. »Die Erwartungen wurden nicht enttäuscht, der allzu schnelle Ruf nach Staatsversagen war zu keinem Zeitpunkt berechtigt.« Mit Blick auf die Besoldung sprach er von einer »ersten erfolgreichen Reparatur«. Er wisse aber auch: »Es kann nur ein erster Schritt sein.« Auch wenn man bislang noch nicht genau wisse, in welchem Umfang letztlich die Reparatur auszusehen hat, weil die abschließende Entscheidung des BVerfG noch fehlt, sei klar: »Wir müssen trotzdem weiter machen und es muss weitere Veränderungen geben.« Auch im Bereich Tarif sieht Beuth Fortschritte: »Wir haben in den letzten Jahren eine Menge hingekriegt, der Austritt aus der Tarifgemeinschaft hat sich ausgezahlt.« Die nächste Tarifrunde für den TV-H beginnt Anfang 2024.

Jürgen Frömmrich (Grüne) bedankte sich für die »in der Regel gute Zusammenarbeit«. Er verteidigte, dass es auch nach der Anhörung zum Besoldungsreparaturgesetz im Januar bis zur Verabschiedung keine weitere Anpassung gegeben habe, sagte aber auch: »Es müssen weitere Schritte folgen.«

Günther Rudolph (SPD) sparte nicht mit Kritik an der Besoldungspolitik von Schwarz-Grün. »Es wurde niemand gezwungen eine Nullrunde oder Ein-Prozent-Er-

höhung zu machen.« Hinsichtlich der nun begonnenen Reparatur von zwei mal drei Prozent sagte Rudolph: »Sie haben ein Problem verursacht, dass sie lösen müssen und jetzt jammern sie.« Insbesondere bemängelte er, dass die eigentlich erfolgende Besoldungsreparatur in der kommenden Legislaturperiode erfolgen muss, diese also einer neuen Landesregierung als Hypothek aufgebürdet wird. Auch das Thema Gewalt gegen Beschäftigte ließ Rudolph nicht unangesprochen: »Der Respekt in der Gesellschaft geht verloren.« Um dem zu begegnen, müssten vorhandene Gesetze konsequent angewendet werden.

René Rock (FDP) beschrieb die jahrelange Besoldungsklage des dbb Hessen als Akt der »Notwehr gegen den Dienstherrn«. Zudem dankte er dem dbb Hessen, dass er seit 2018 mit seiner intensiven öffentlichkeitswirksamen Arbeit zum Thema »Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst«, eine »sachliche Debatte in Gang gesetzt habe. »Es verändert sich etwas in der Welt« – eine Feststellung, die nicht nur in Sachen Gewalt, sondern auch hinsichtlich Digitalisierung durchaus passend ist. Darum wünscht er sich den öffentlichen Dienst als Ort und Motor der Modernität. Es sei aus seiner Sicht der falsche Weg, etwa durch Absenken der Standards auf den Fachkräftemangel zu reagieren. Denn eines sei klar: »Man kann gestalten, oder man wird gestaltet – es ist immer besser zu gestalten.«

Zu einem politischen Rundumschlag holte dbb-Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach aus. Er bekräftigte die Haltung des dbb Hessens, bei der Besoldungsreparatur vor allem auf die Erhöhung der Grundbesoldung zu pochen, denn bei sonst durchaus üblichen »verklausulierten Kunstgriffen«, wie Familien- oder Ortszuschlägen gehe die große Masse leer aus. Auch das immer wieder diskutierte Thema Bildung treibt Silberbach um. In Richtung Politik mahnte er: »Wer sich an der Bildung vergreift, versündigt sich an der Zukunft.« Und auch bezüglich der Gewalt gegen Beschäftigte müsse nach Auffassung Silberbachs politisch mehr passieren.

Der glb gratuliert Heini Schmitt zur Wiederwahl.
v. l. n. r.: glb-Landesvorsitzende
Monika Otten,
dbb Hessen Landesvorsitzender
Heini Schmitt,
glb-Landesvorstandsmitglieder
Carsten Noll und
Britta Bergmann



Zu einem Meinungsaustausch trafen sich Anfang Mai Sigi Groß und Heike Hilbig vom Leitungsteam der »AG der Koor-

Leitungsteam der Fachpraxis-Koordinatoren/-innen im Austausch mit dem AGD-Vorsitzenden

NETZWERK-AG DER KOORDINATORINNEN UND KOORDINATOREN FÜR FACHPRAXIS AN BERUFLICHEN SCHULEN IN HESSEN

dinatoren/-innen für Fachpraxis« mit dem neuen Vorsitzenden der »Arbeitsgemeinschaft der Direktoren/-innen an beruflichen Schulen in Hessen«, Oberstudiendirektor Friedhelm Walther, in Alsfeld.

Herr Walther, Schulleiter der Max-Eyth-Schule, wurde im November vom Plenum der Direktoren/-innen als Nachfolger von OStD'in Greilich von der Wirtschaftsschule am Oswaldsgarten in Gießen zum neuen AGD-Vorsitzenden gewählt. Er trat sein Amt im Februar dieses Jahres an.

Im Mittelpunkt des Treffens, an dem auch der Koordinator für Fachpraxis an der MES, Thomas

Spoehr, teilnahm stand neben dem gegenseitigen Kennen lernen ein allgemeiner Austausch über die Situation des beruflichen Schulwesens (unter anderem zum Projekt »Zukunftsfähige Berufsschule« und zur »Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung – BÜA«) sowie zu den spezifischen Belangen der Fachpraxislehrkräfte.

So fordert die AG der Fachpraxis-Koordinatoren/-innen vom Hessischen Kultusministerium seit langem weitere Beförderungsmöglichkeiten nach A 12. Wie dies konkret umgesetzt werden könne, müsse diskutiert werden. Die Schaffung von 26 A-12-Stellen für sogenannte »BÜA-Netzwerkkoordinatoren/-innen« vor einigen Jahren sei ein Schritt in die richtige Richtung, dem weitere folgen müssen, betonte Sigi Groß. Damit würde das HKM den engagierten Kollegen/-innen ein Zeichen der Wertschätzung entgegenbringen, ergänzte Heike Hilbig, insbesondere für Kolleginnen und Kollegen, die besondere Aufgaben übernehmen oder sogar eine Fakultä für ein zweites Fach besitzen und z. B. Spanisch oder Ethik unterrichten.

Ebenso setzt sich die AG für die Angleichung der Pflichtstundenzahl für alle an beruflichen Schulen tätigen Lehrkräfte ein.

AGD-Vorsitzender Friedhelm Walther zeigte sich ebenso offen zur Schaffung weiterer A-12-Stellen wie auch zur Angleichung der Pflichtstundenzahl. Er nehme dies mit in den AGD-Vorstand.

Sigi Groß und Heike Hilbig sprachen eine Einladung an Herrn Walther zur Teilnahme am nächsten Landestreffen am 14. September in Weilburg aus. Umgekehrt werde es sicherlich auch eine Einladung von Leitungsteam-Mitgliedern an einem AGD-Treffen geben, so Friedhelm Walther. Der Meinungsaustausch zwischen Leitungsteam und AGD-Vorstand solle in unregelmäßigen Abständen weitergeführt werden. ←



*AGD-Vorsitzender OStD
Friedhelm Walther, Sigi
Groß und Heike Hilbig vom
Leitungsteam der Fachpraxis-
koordinatoren/-innen in
Hessen sowie Thomas Spoehr
(Koordinator für Fachpraxis
an der MES, v. l. n. r.)*

Priska Hinz, Staatsministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Hessen, teilte in ihrem Grußwort an-

Aliceschule in Giessen erhält Auszeichnung als »Grenzenlos-Schule«

Die Aliceschule in Giessen wurde durch den Verein World University Service (WUS) als »Grenzenlos-Schule« ausgezeichnet und wird Teil des bundesweiten BNE-Netzwerks.

lässlich der Zertifizierung der Aliceschule in Giessen am 02. Juni 2023 ihre Begeisterung: »Die Zusammenarbeit der Aliceschule mit Studierenden aus Asien, Afrika und Lateinamerika zeigt vorbildlich, wie die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) erfolgreich umgesetzt werden!«

Katrin Schleenbecker, Mitglied des hessischen Landtages, gratulierte der Aliceschule Giessen in ihrem Grußwort und würdigte die Leistungen der beruflichen Schule: »Lernen ist grenzenlos. An der Aliceschule und im Projekt »Grenzenlos« begegnen sich die Beteiligten auf Augenhöhe und lernen voneinander und gemeinsam, ganz im Sinne der Bildung für Nachhaltige Entwicklung.« Sie brachte somit ihre Anerkennung für die Leistungen der Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika zum Ausdruck. Sie bringen die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development

Goals, SDGs) in den Unterricht an beruflichen Schulen als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Auch Prof. Dr. Helge Braun, Mitglied und Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, richtete seine Glückwünsche an die Schülerinnen und Schüler, die Lehrkräfte und die Schulleitung und betonte die Wichtigkeit des Engagements der Schule: »Es steht uns in Deutschland an, sich für die globalen Herausforderungen zu interessieren und engagieren. Das macht die Aliceschule als »Grenzenlos«-Schule.« »Ich freue mich, dass sich »Grenzenlos« an jungen Menschen an beruflichen Schulen richtet und Ihnen einen Perspektivwechsel und interkulturellen Austausch ermöglicht. Ich gratuliere der Aliceschule zur Auszeichnung und hoffe, dass sich weitere berufliche Schulen in Giessen an der Aliceschule ein Beispiel nehmen«, gratulierte Stadträtin Astrid Eibelshäuser. Ebenso gratulierte Silke Bell, Landeskoordinatorin für Bildung für Nachhaltige Entwicklung in Hessen, seitens des Hessischen Kultusministeriums, und würdigte das Engagement der Schule. Sie überreichte der Schulleitung zudem feierlich die zweite Auszeichnung des Tages der hessischen Dachmarke »Nachhaltigkeit Lernen in Hessen« des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Schulleiterin OstD Martina Röder war begeistert von diesem Engagement und unterzeichnete zudem die Selbstverpflichtung zu Globalem Lernen. Die Auszeichnung nahm sie in Form einer Urkunde und einer Plakette durch Dr. Kambiz Ghawami (WUS) mit großer Freude entgegen. »Die Aliceschule gibt jungen Menschen das Rüstzeug in die Hände, um die 17 Nachhaltigkeitsziele zu erreichen und die Zukunft gerecht und nachhaltig zu gestalten«, so Dr. Ghawami.

Am Tag der Auszeichnung präsentierten Dr. Sèyi Vanvanhossou und Mhd Alaa Soliman, stellvertretend für die rund 100 Grenzenlos-Aktiven die Ergebnisse ihrer Lehrkooperationen. Dr. Vanvanhossou kommt aus Benin, ist aktiv bei »Grenzenlos« und hat kürzlich an der Justus-Liebig-Universität Giessen promoviert. Gemeinsam mit Lehrer Alexander Kunz zeigte er die Ergebnisse seiner Lehrkooperation mit der Klasse 11/12 BSF zum Thema SDG #02: »Hunger beenden, aber mit welcher Landwirtschaft?«. Mhd Alaa Soliman aus Syrien führte Lehrkooperationen mit den Lehrkräften Susann Urban und Stephanie Gebhardt und ihren Klassen 03PivA1 und 03PivA2 durch. Die Schülerinnen Caroline Hess und Justine Geis stellten die Ergebnisse der Lehrkooperation vor und bestätigten den Mehrwert der Lernkooperationen und Zusammenarbeit mit dem Grenzenlos-Aktiven.

Die Aliceschule Giessen wird somit Teil des bundesweiten Netzwerks von über 55 beruflichen Schulen, die sich für die Ziele der Agenda 2030 engagieren. Dafür hat die Lehrerein Susann Urban bei »Grenzenlos« eine Lehrkräftefortbildung zu Bildung für nachhaltige Entwicklung besucht. Danach hatten die Lehrkräfte mehrere Lehrkooperationen zu den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen durchgeführt, wie es im »Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung« →



Von links: Alexandra Samokhvalova (WUS), Mhd Alaa Soliman (Grenzenlos-Aktiver), Silke Bell (Landeskoordinatorin für BNE in Hessen, Hessisches Kultusministerium), Dr. Sèyi Vanvanhossou (Grenzenlos-Aktiver), Dr. Kambiz Ghawami (WUS), Stadträtin Astrid Eibelshäuser, Schulleiterin OstD Martina Röder, Katrin Schleenbecker (MdL) sowie Lehrerin Susann Urban © Carsten Böhmer 2023

(2016) der Kultusministerkonferenz (KMK) und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) empfohlen wird.

Durchgeführt wird das Projekt vom World University Service (WUS), einer internationalen und unabhängigen Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor. Das Projekt »Grenzenlos—Globales Lernen in der beruflichen Bildung« wird vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und dem Saarland sowie von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des Bun-

desministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert. In Hessen ist das Projekt Teil der Dachmarke »Nachhaltigkeit Lernen in Hessen« des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. ←

World University Service - Deutsches Komitee e.V.
Seit 1950 aktiv
für das Menschenrecht auf Bildung
Goebenstr. 35 - 65195 Wiesbaden
Tel.: +49 611 9446051

Der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung ist mehr als alarmiert wegen des schleppenden Anlaufens der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen für eine duale Berufsausbildung zum Ausbildungsjahr 2023/24. Diese Entwicklung, die bereits im vor kurzem veröffentlichten Berufsbildungsbericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) für 2022 festgestellt wurde, scheint sich offensichtlich fortzusetzen. So lag die Zahl der Neuabschlüsse im Bereich der dualen Berufsaus-

ist«, so die beiden BvLB Bundesvorsitzenden Pankraz Männlein und Dr. Sven Mohr unisono. Der BvLB betont, dass die duale Berufsausbildung ein unverzichtbarer Pfeiler des deutschen Bildungssystems und für eine qualifizierte Fachkräftesicherung von entscheidender Bedeutung ist. Der in diesem Zusammenhang formulierte innovative Ansatz von BIBB-Präsident Esser, integriert-durchgängige Aus- und Weiterbildungsberufe zu etablieren, wird durch den BvLB nachhaltig unterstützt. Dadurch bietet sich eine kontinuierliche Qualifizierung und ermöglicht so einen nahtlosen Übergang zwischen verschiedenen Bildungsabschnitten. Der BvLB sieht darin eine zielführende Möglichkeit, die duale Berufsausbildung attraktiver zu gestalten und die Anpassungsfähigkeit an die sich wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarktes zu verbessern. Gleichzeitig weist der BvLB an dieser Stelle auf die Bedeutung der Berufsorientierung hin. Eine frühzeitig einsetzende und langfristig angelegte Berufsorientierung ist ein entscheidender Faktor für die erfolgreiche Platzierung von Jugendlichen in der dualen Berufsausbildung. Es ist wichtig, dass Schülerinnen und Schüler bereits während ihrer Schulzeit umfassende Einblicke in verschiedene Berufsfelder erhalten und sich fundiert informiert für eine passende Ausbildung entscheiden können. Dadurch werden auch Ausbildungsabbrüche vermieden. Der BvLB fordert daher verstärkte Maßnahmen seitens der Politik und der Kammern, um die duale Berufsausbildung zu stärken und so einen Beitrag zum Abbau des Fachkräftemangels zu leisten. Dazu gehören die gezielte Förderung von Ausbildungsplätzen, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Auszubildende und Ausbildungsbetriebe sowie eine verstärkte Unterstützung bei der Berufsorientierung an den Schulen. »Nur durch eine konzertierte Anstrengung aller Berufsbildungsakteure können wir die berufliche Bildung in Deutschland nachhaltig verbessern und den jungen Menschen optimale Startchancen bieten«, so die beiden Bundesvorsitzenden abschließend. ←

Der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung e. V. (BvLB) fordert verstärkte Maßnahmen zur

Steigerung der Attraktivität der dualen Berufsausbildung

VOM BVLB BUNDESVERBAND

bildung für das Jahr 2022 noch um fast 10 Prozent niedriger als im Vor-Corona-Jahr 2019. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Neuzugänge im Übergangssektor um mehr als sechs Prozent erhöht. »Diese Entwicklung ist äußerst besorgniserregend und verdeutlicht die weiter anhaltenden Herausforderungen, mit denen die berufliche Bildung in Deutschland konfrontiert

Am 28. März fand in Darmstadt »Zum Rosengarten« eine glb-Mitgliederversammlung statt, bei der, außer des Berichtes der amtierenden Vorsitzenden Christiane Nierula-Riese, der Rechenschaftsbericht des Kassenprüfers, die Entlastung des

Neuwahlen auf der glb-Mitgliederversammlung im KV-Darmstadt-Dieburg

VON KARIN AMEND-RAAB



Kreisvorstandes, beantragt durch Herrn Herbert Gunkel, Neuwahlen zum Kreisvorstand erfolgten. Die Vorsitzende wurde erneut in ihrem Amt bestätigt, Sebastian Hering als Kassenwart, Oliver Lüdike als Kassenprüfer und Martina Bott als Protokollantin gewählt. Als Beisitzer fungieren zukünftig Rita Fleischer, Denise Engert und Karin Amend-Raab. Neu als Beisitzer gewonnen werden konnte Christian Trümper, der für den aus dem Vorstand ausgeschiedenen, in den Ruhestand verabschiedeten Rudolf Bersch nun auch als Mitglied an den Sitzungen der Darmstädter Schulkommission teilnehmen wird. Die neue/alte Vorsitzende bedankte sich für die Bereitschaft zur Übernahme des Ehrenamtes bei den gewählten Personen und betonte die Bedeutung der Notwendigkeit auf die Geschehnisse, die die beruflichen Schulen betreffen, Einfluss zu nehmen. So seien etwa die im kommenden Jahr anstehenden Personalratswahlen auf allen Ebenen, im Hauptpersonalrat beim HKM, im Gesamtpersonalrat Schulen (GPRS) beim Staatlichen

Schulamt Darmstadt-Dieburg und auf schulischer Ebene von tragender Bedeutung. »Wir hoffen, dass wieder viele Kolleginnen und Kollegen bereit sind, mit auf die Listen zu gehen. Wünschenswert wäre, dass alle beruflichen Schulen mit Kandidatinnen und Kandidaten vertreten sind«, so die Vorsitzende. Im Juni findet zur Erstellung von Listen eine erste Sitzung des Deutschen-Lehrerverbandes-Hessen (dllh) auf Kreisebene statt. Wer Interesse hat, kann sich bereits jetzt bei der Vorsitzenden per Mail melden (unter c.nierula_Riese@me.com, alternativ unter amend-raab@t-online.de). Eine persönliche Abfrage wird darüber hinaus erfolgen. Geplant sind außerdem Ausflüge und Mitgliedererhebungen. Gerne nimmt der Kreisverband Anregungen auf und setzt sich für die Belange allgemeiner und persönlicher Interessen seiner Mitglieder ein. Frau Bott vertritt die Arbeitnehmerseite im GPRS und ist Mitglied im Arbeitsschutzausschuss des Staatlichen Schulamtes; Frau Nierula-Riese ist im GPRS als Beamtenvertreterin tätig.



Das Foto zeigt Karin Amend-Raab, Christian Trümper und Christiane Nierula-Riese.

Ende Januar wurde in einer Sitzung des glb-Kreisverbandes (KV) Darmstadt-Dieburg Rudolf Bersch verabschiedet, der im KV vier Jahre als stellvertretender Vorsitzender tätig war und die Interes-

Rudolf Bersch im wohlverdienten Ruhestand

VON KARIN AMEND-RAAB



sen der beruflichen Schulen als Mitglied der Schulkommission der Stadt Darmstadt vertrat. Seit Sommer 2022 ist der ehemalige Abteilungsleiter des Beruflichen Gymnasiums der Heinrich-Emanuel-Merck-Schule Darmstadt nun im Ruhestand. Wer ihn kennt, weiß aber, dass er sich als engagierter Kollege bereits neuen Aufgaben widmet und Herausforderungen stellt. Rudolf Bersch ist als Energieberater tätig. Für ihn eine echte Herzensangelegenheit. Er berät etwa in Fragen



für die Bereiche Wohngebäude, Elektromobilität, Energieversorgung für Photovoltaik und ist als Energieberater für die Verbraucherzentrale Hessen kompetenter Ansprechpartner. Familiär ist er auch im Einsatz, z. B. als Enkelcoach.

Der Kreisverband Darmstadt-Dieburg bedauert sein Ausscheiden aus dem Vorstand, bedankt sich sehr herzlich für seine langjährige, fachkompetente, zuverlässige und engagierte Arbeit, die auf sehr vielfältige Weise stattfand und wünscht ihm alles Gute für seinen neuen Lebensabschnitt! Sicher ist, langweilig wird es diesem Mann nicht werden.

Bei der Berufsmesse und
Jobbörse für Lernende der
Schwerpunkte Maschinenbau,
Daten- und Elektrotechnik an
der Ludwig-Geißler-Schule
treffen Unternehmen auf
Fachkräfte von morgen.



Qualifiziertes Fachpersonal zu finden wird für Unternehmen zunehmend schwierig. Mittlerweile spricht man sogar von einem War

Kampf um Nachwuchstalente

Berufsmesse an der Ludwig-Geißler-Schule speziell für Elektro-, Datentechnik und Maschinenbau

for Talents, also einem Kampf um Nachwuchstalente. Denn der Fachkräfte-Mangel betrifft insbesondere die MINT-Berufe in den Bereichen Mathematik, Ingenieurwesen, Naturwissenschaften und Technik. Aus diesem Grund folgten kürzlich die Unternehmen BVS Industrie-Elektronik GmbH, die unter anderem Serviceleistungen rund um Robotersteuerungselektronik-Baugruppen anbieten, die PRIORIT AG, Anbieter von innovativen Brandschutzlösungen, Engelbert Strauss, bekannt für Kleidung, aber auch für ihr Engagement im Bereich Gaming und E-Sports, gerne der Einladung zur Berufsmesse an der Ludwig-Geißler-Schule, LGS. Weitere große Unternehmen wie

Dunlop, Traditionsunternehmen in der Reifenherstellung, Heraeus, weltweit führendes Technologie- und Familienunternehmen mit Sitz in Hanau, sowie das Berliner Unternehmen PSI, das Software für die Analyse, Planung und Optimierung von Logistik anbietet, mit Niederlassungen in Aschaffenburg, Dortmund und Polen, präsentierten sich ebenfalls gerne dem Fachkräftenachwuchs der Schwerpunkte Elektro-, Datentechnik und Maschinenbau des Beruflichen Gymnasiums und der Fachoberschule.

Schülerinnen und Schüler der Klassen 12 und 13 des Beruflichen Gymnasiums und der 12er Fachoberschule mit den Schwerpunkten Maschinenbau, Daten- und Elektrotechnik an der LGS hatten die Möglichkeit, sich über die verschiedenen Berufsfelder und Karrierewege zu informieren und mit Vertretern der Unternehmen persönlich ins Gespräch zu kommen. In zwei Durchgängen stellten sich die Firmen vor und kamen mit den Schülerinnen und Schülern anschließend ins Gespräch.

»Vor allem bei kleineren, branchenspezifischen Jobmessen wie dieser sind zudem auch intensive Gespräche zwischen beiden Parteien möglich. So können auch Vorstellungsgespräche in einer ungezwungeneren Atmosphäre als im Unternehmen selbst geführt werden«, weiß Mitorganisator Dr. Lawrence Lang. Das Konzept dieser Berufsmesse und Jobbörse richtete sich vor allem an Schülerinnen und Schüler des beruflichen Gymnasiums und der Fachoberschule, die die Schwerpunkte Daten- und Elektrotechnik sowie Maschinenbau gewählt haben. »Wir erhoffen uns durch diese Berufsmesse ein adressatengerechtes Angebot für unsere Schülerinnen und Schüler«, so Schulleiter Christof Glaser, der die Veranstaltung eröffnete. Für Unternehmen gebe es somit die Möglichkeit, ihr Angebot individuell interessierten Schülerinnen und Schülern vorzustellen und diese für ihr Unternehmen zu begeistern.

Am Donnerstag letzter Woche konnten interessierte Mädchen im Rahmen des diesjährigen Girls day die Schwerpunktfächer aller Fachbereiche der Ludwig-Geißler-Schule, LGS, kennenlernen, darunter Biologie-, Chemie-, Elektro- und Informationstechnik. Aber auch in Physik, Metall- und Holztechnik konnten sich die Besucherinnen der abgebenden Schulen aus der Umgebung ausprobieren.

MINT noch immer eher Männersache

Am Girls day zeigt Ludwig-Geißler-Schule alle ihre Schwerpunkte

Nach der Begrüßung durch die Abteilungsleiterin Naturwissenschaften, Andrea Buttler, und die für die Koordination zuständigen Lehrerin, Natalie Erk, teilte sich das Publikum je nach Interesse auf und die-

jenigen, die sich beispielsweise für Biologietechnik interessierten, konnten körpereigene DNA isolieren, wie man es sonst nur aus Krimis kennt. Andere wiederum entdeckten die Welt der Informatik. Und unter dem Motto »Metall macht's möglich« erlebte eine weitere Gruppe die Vielfalt der Metallbearbeitung.

»Leider interessieren sich noch immer zu wenig Mädchen für die so genannten MINT-Fächer, also Mathematik, Informatik, die Naturwissenschaften und die Technikwissenschaften«, bedauert Abteilungsleiterin Andrea Buttler. Noch immer würden technische und naturwissenschaftliche Berufe von Männern dominiert. Dabei biete der MINT-Bereich tolle Perspektiven für Frauen, weiß Abteilungsleiterin Buttler. Dies zeigte sich auch an den Besucherzahlen. Lediglich 35 Schülerinnen waren dem Aufruf der Ludwig-Geißler-Schule gefolgt. Dabei hatte die Kultusministerkonferenz sich bereits davon überzeugen können, dass die LGS ihre technischen Schwerpunktfächer auf hohem Niveau und auf Basis eines fundierten Unterrichts in Mathematik und Naturwissenschaften unter besonderer Berücksichtigung der Informatik interdisziplinär vermittelt und sie dafür als MINT-freundliche Schule ausgezeichnet.

Diejenigen allerdings, die der Einladung gefolgt waren, hatten sichtlich Spaß daran und denken darüber nach, sich an der Schule zu bewerben. Bei der großen Vielfalt an Angeboten und acht Schulformen, zum Beispiel das berufliche Gymnasium, das zur Allgemeinen Hochschulreife führt, oder die Fachoberschule, deren Abschluss zum Studium an jeder Fachhochschule berechtigt, sicher keine leichte Entscheidung. ←



Girls day 2023 an der LGS

Schülerinnen und Schüler aus Hanau und dem Umland informieren sich am Girls/Boys Day über das umfangreiche Bildungsangebot der LGS mit der Abteilungsleiterin Naturwissenschaften, Andrea Buttler (links) und der Koordinatorin an der LGS Natalie Erk (rechts).

Die Schulsanitäterinnen und -sanitäter der Ludwig-Geißler-Schule mit dem Koordinator Schule und Gesundheit und Leiter des Schulsanitätsdienstes Jens Schimmel (rechts) am Messestand der Malteser auf der RETTmobil in Fulda. In der Bildmitte Constantin von Brandenstein-Zeppelin, der bis Juni 2018 ehrenamtlicher Präsident des Malteser Hilfsdienstes war. Mit dabei auch die Referentin für den Malteser Schulsanitätsdienst, Brigitta Brähler-Fischer (links).



Schulsanitätsteam der LGS besucht Messe »RETTmobil« in Fulda

Fast schon traditionell ist der Besuch des Schulsanitätsteams der Ludwig-Geißler-Schule, LGS, auf der jährlich stattfindenden Messe »RETTmobil« in Fulda, die vom 10. bis 12. Mai dauerte. Sie ist die internationale Leitmesse für Rettung und Mobilität. Die Ersthelferinnen und -helfer der Schule, die aus verschiedenen Bereichen wie DRK, THW, Feuerwehr und DLRG kommen, informierten sich an diesem Tag über Neuerungen in ihrem jeweiligen Fachgebiet. Die Ersthelferinnen und -helfer leisten ihren Dienst an der LGS, wählen sich dort regelmäßig mit ihrem Handy in das schulinterne WLAN ein und können über eine App per Knopfdruck im Notfall blitzschnell alarmiert werden. Auch die gute Ausrüstung sorgt dafür, dass der Schulsanitätsdienst medizinisch bestens ausgestattet ist.

Jens Schimmel, Koordinator Schule und Gesundheit und Leiter Schulsanitätsdienst, hob das hohe Maß an Fachkompetenz hervor, welches die Schülerinnen und Schüler erworben haben und diese nicht nur im Schulalltag anwenden könnten, da der Schulsanitätsdienst an der LGS mit den Maltesern zusammenarbeitet, der auch die Möglichkeit zu Fortbildungen und Online-Schulungen bietet. Da sei es selbstverständlich, so Jens Schimmel, dass man beim Besuch der »RETTmobil« immer wieder gerne auch beim Stand der Malteser vorbeischaue.

Der Schulsanitätsdienst ist eine gemeinnützige Institution an Schulen, die der Schulleitung direkt untergeordnet ist. Er ergänzt und sichert dort die Erste-Hilfe-Versorgung. Schülerinnen und Schüler, die mindestens in der Ersten Hilfe ausgebildet sind, stellen im Rahmen des Schulsanitätsdienstes die Erstversorgung im Fall von Unfällen, Verletzungen und Krankheiten bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes sicher. Weitere Aufgaben finden sich in der sanitätsdienstlichen Betreuung von Schulveranstaltungen. Im Falle von Anschaffungen mit hohen Kosten wird der Schulsanitätsdienst auch durch Elternbeirat, Förderverein oder Spenden unterstützt.





Kreisverband Werra-Meißner

Unterwegs auf dem P21 zum Point India

VON DR. CLAUD WENZEL



Bei schönstem Wetter wanderten einige Kolleginnen und Kollegen des glb-Kreisverbandes Werra-Meißner auf dem Premiumwanderweg P21 zum Point India an der ehemaligen innerdeutschen Grenze.

Der Premiumweg P21 Point India führt überwiegend durch abwechslungsreiches Offenland und verbindet das hessische Ringgau-Lüderbach mit dem thüringischen Ifta. Namengebend ist der Aussichtsturm Point India auf dem Sohlberg, der dauerhaft zugänglich ist. Er ist das Relikt eines großen US-Militärstützpunktes (OP-India), erbaut 1984. Das Camp an der damaligen Grenze zur DDR wurde in den 1960er Jahren errichtet, nach der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 aufgelöst und 2001 zurückgebaut. Im Inneren des heute restaurierten Turmes befindet sich eine Dokumentation seiner Historie. Die Geologie am Weg ist geprägt vom Muschelkalk des Ringgauplateaus und Keuperboden. Der Obere Muschelkalk bildet hier deutliche Steilstufen und besteht mancherorts zum großen Teil aus sogenannten Bonifatiuspfennigen, das sind versteinerte Stielglieder von Seelilien. Auf dem nährstoffarmen Keuper wachsen nur anspruchslose Kräuter und Gräser, die heute sehr selten geworden sind.



Der Kreisvorsitzende, Klaus Heuckeroth, hatte die Wanderung wieder einmal hervorragend organisiert. Dafür herzlichen Dank. Im Anschluss kehrten die hungrigen Wanderinnen und Wanderer im Teichhof Grandenborn ein. Dort ließen die Verbandsmitglieder den Tag bei leckerem Essen und Trinken in geselliger Runde ausklingen.



Einladung zum Seniorentreffen

BESUCH DER LANDESGARTENSCHAU IN FULDA AM 6. SEPTEMBER 2023

Nicht nur für Seniorinnen und Senioren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Corona-Pandemie führte in den letzten drei Jahren unter anderem zu einem deutlichen Rückgang unserer sozialen Kontakte. Wohl jeder von uns hat dies bei sich und in seinem Umfeld erlebt.

Auch unsere gewohnten Seniorinnen- und Seniorentreffen konnten leider nicht mehr stattfinden. Daher hat sich der Vorstand überlegt, dieses jährliche Treffen - zunächst eintägig - wieder durchzuführen. Als Wiederaufnahme für unser SeniorInnentreffen wird ein gemeinsamer Besuch der diesjährigen Landesgartenschau in Fulda organisiert.

Wir wollen uns am Mittwoch, den 6. September 2023, auf dem Gelände der Landesgartenschau in Fulda treffen.

Damit auch die aus größerer Entfernung anreisenden Mitglieder daran teilnehmen können, ist für 12:00 Uhr eine zweistündige gemeinsame Führung geplant. Weitere Programmpunkte vor und nach der gemeinsamen Führung werden noch, in Abhängigkeit von Ihren Rückmeldungen, erarbeitet.

Gerne können auch Kolleginnen und Kollegen an diesem Treffen teilnehmen, die noch im Schuldienst tätig sind.

Um mit Ihnen in direkten Kontakt zu kommen und zu erfahren, was ich für das geplante Treffen noch berücksichtigen soll, freue ich mich als zuständiger Beauftragter, wenn Sie mir eine entsprechende Nachricht zukommen lassen.

Über ein Wiedersehen würden wir uns sehr freuen und bitten um **Rückmeldung bis zum 31. Juli 2023.**

Im Namen des gesamten Vorstandes

Monika Otten
Landesvorsitzende

Stefan Kerkemeyer
Vertreter für
Seniorinnen und Senioren
Mail: stefan.kerkemeyer@glb-hessen.de
Telefon: 06441 74721



- Keine Jahresgebühr
- ⇒ dauerhaft
- nicht nur im ersten Jahr
- Keine Auslandseinsatzgebühr
- ⇒ weltweit
- nicht nur in EURO Ländern

Besser geht's nicht Die glb Hessen-Mastercard Gold

*NUTZUNGSVORTEILE FÜR ALLE MITGLIEDER
UND DEREN PARTNER:*

- Keine Gebühr für Bargeldabhebungen
- ⇒ Zinsberechnung 1,73 % p. M. (Bezugsdatum - Rechnungsausgleich) von der Bargeldsumme
- ⇒ Bargeld ebenfalls ohne Auslandseinsatzgebühr
- ⇒ Automatenbetreiber der Banken können eine Zusatzgebühr für Bargeldauszahlung erheben. Dies wird am Automaten vor Auszahlung angezeigt
- Alle Transaktionen werden 1:1 auf der Rechnung aufgeführt. Keine Zinsbelastungen außer bei Bargeld oder Teilzahlungen.
- Partnerkarten zu den gleichen Konditionen wie die Mitgliedskarte
- ⇒ Ehepartner, Kinder > 18 Jahre, Eltern, Lebenspartner

→ Bestehende Girokontoverbindung kann genutzt werden. Bei Partnerkarten kann auch ein anderes Girokonto zum Ausgleich der Rechnung genutzt werden.

Lastschriftinzug und Überweisungsverfahren werden angeboten.

Rechnungsüberweisung erfolgt auf das Konto Advanzia Bank S.A., IBAN + BIC, beide Angaben in jeder Rechnung, Verwendungszweck = Ihre Kreditkartennummer.

Kontaktlose Bezahlung (NFC = Near Field Chip) ohne Zusatzkosten, Google und Apple Pay möglich

- Zugang zu 35 Millionen Akzeptanzstellen & > 2 Million Bankautomaten / Schaltern weltweit
- Inkludierte Reiseversicherungen Karteninhaber und 3 weitere Personen für die mit der Karte bezahlten Reisen (50 %), Reiserücktritts-, Reiseausfall-, Reisekranken-, Reiserücktransport-, Unfallversicherung, Verspätungen, Diebstahl
- Online – Zugriff auf das Kartenkonto
- Mietwagenrabatte unter <http://www.mietwagen.de/advanzia/>
- Rabatte von bis zu 37 % bei Neuwagenkauf für 34 Marken unter www.verband-auto.de
- 4 % Rabatt für Buchung von Reisen über ein Partner-Reisebüro ccc@merkana.de oder 5 % über <http://www.urlaubsplus.com/advanzia>
- Persönliche, fachkundige Telefon- und E-Mail - Betreuung aller Mitglieder in allen Fragen rund um die Verbandskarte sowie die angebotenen Rabatte beim Kooperationspartner.
- ⇒ John Kames, Tel. 06432 – 9369860, Mobil 0177 6622334 oder E-Mail: john.kames@t-online.de
- ⇒ Gebührenfreier Kundenservice der Advanzia Bank unter 0800 - 8801120





<https://www.advanzia.com/de-de/dokumente>

Und so funktioniert es

Das Beantragungsformular über Links und weitere Vorteile / Informationen sind auf der Verbands-Webseite abrufbar. Bitte füllen Sie alle Felder im Antrag aus, sonst kann es zu einer Ablehnung kommen. Es ist regulär nicht mehr möglich, Anträge ohne Emailadresse, Mobilfunknummer und Geburtsort weiterzubearbeiten. Auch die Felder auf der zweiten Antragsseite sollten komplett ausgefüllt werden. Dies erleichtert der Bank das credit scoring = individuelle Einstufung für den Verfügungsrahmen. Die Verbandskreditkarte wird nach 2 - 3 Wochen zugesandt.

Alle offiziellen aktuellen Links der Bank, wie z. B. ABGs und Versicherungen sind auf folgende Seiten erhältlich:

<https://www.advanzia.com/de-de/dokumente>

Partnerkarte

Partnerkarten können mit den gleichen Links wie Mitgliedskarte beantragt werden, aber über ein anderes Girokonto abgewickelt werden. Die Partnerkarte ist eine eigenständige Kreditkarte mit eigener Nummer aber mit identischen Konditionen zur Verbandskreditkarte.

Verfügungsrahmen

Den monatlichen Verfügungsrahmen legt die Advanzia Bank anhand der Angaben im Kartenantrag und Schufa Auskunft, individuell fest. Dieser Verfügungsrahmen wird dem Karteninhaber mit der Zusendung des PINs (ca. eine Woche nach Erhalt der Verbandskarte) mitgeteilt. Die Führung des Kreditkartekontos auf Guthabenbasis ist nicht möglich.

Anhebung - Ein anfänglicher niedriger Verfügungsrahmen ist bei allen Banken, bei denen man kein Girokonto führt, normal. Dieser anfängliche Verfügungsrahmen wird im Rahmen der Nutzung und Rechnungsausgleich erhöht. Wird die Karte regelmäßig eingesetzt, wird auch der Verfügungsrahmen automatisch regelmäßig erhöht.

Sollten Sie nach einigen Monaten einen höheren Verfügungsrahmen wünschen, beantragen Sie diesen schriftlich bei der Bank mit separater E-Mail service@advanzia.com

Der Verfügungsrahmen gilt immer vom Anfang des Monats bis Rechnungsausgleich bei der Bank. Erst bei Eingang der Zahlung bei der Bank wird der Verfügungsrahmen wieder voll freigeschaltet. Es fallen keine

Sollzinsen für die Ausgaben mit der Karte an, wenn die Rechnung pünktlich ausgeglichen wird.

Rechnung

Die monatliche Rechnung wird an die im Kartenantrag Antrag genannten E-Mail-Adresse oder Postanschrift geschickt. Ein Postversand der Rechnung ist möglich, muss aber nach Erhalt der Karte bei service@advanzia.com beantragt werden. Für die Nutzung an Geldautomaten und automatisierten Kassen stellt die Bank eine persönliche Geheimzahl (PIN) zur Verfügung.

Überweisungsverfahren; nach Erhalt der Rechnung am 4. / 5. des Monats kann der Rechnungsbetrag bis zum 20. des Monats zinslos an die in der Rechnung enthaltenen IBAN-Konto der Bank überwiesen werden.

Lastschriftverfahren; alternativ kann der Karteninhaber ein Lastschriftverfahren über sein Kundenkonto einrichten. Die Abbuchung erfolgt dann immer am 11. / 12. des Monats.

Der Absender der Kreditkartenrechnung ist bei Emailzusendung statementsb2b@advanzia.com. Bei Rechnungen, die per Post zugeschickt werden, ist ein Überweisungsträger mit dem Mindestüberweisungsbetrag enthalten. Der Überweisungsträger ist nur für Teilzahlungen. Bei Teilzahlungen fallen 1,73 % p.M. Zinsen vom Transaktionstag an. Der Karteninhaber entscheidet, ob er den Gesamtsaldo, oder nur einen Teil der Rechnung zahlen will.

Als persönlicher Ansprechpartner steht bei allen Fragen zur Kreditkarte, Versicherungen und zu den Zusatzleistungen Herr John Kames unter Tel. 06432 9369860, Mobil 0177 6622334, E-Mail: john.kames@t-online.de zur Verfügung. Für weitere Fragen zum Stand der Bearbeitung des Kartenantrags, Kartenkonto, Verfügungsrahmen, Rechnungen wurde ein gebührenfreier Kundenservice der Advanzia Bank unter Tel. 0800 / 8801120 eingerichtet



Bei dem gegenwärtigen regnerischen und kalten Wetter, sehnt sich wohl jeder nach mehr Sonne, sehnt sich jeder nach sonnige Abwechslungen vielleicht in einem nahliegendem oder gar fernen Urlaubsland. Die Sommerferien sind nicht mehr fern, also werden jetzt Zielmöglichkeiten im Familienkreis diskutiert, das Internet und Prospekte bemüht, um das beste Angebot zu recherchieren. Findet man das »richtige« Ziel für alle Familienmitglieder wird gebucht, muss meist die Reise angezahlt werden.

Mit der glb Hessen-Mastercard sorgenfrei in den Urlaub 2023

*NUTZUNGSVORTEILE FÜR ALLE MITGLIEDER
UND DEREN PARTNER*

Bei der Buchung und Anzahlung überlegt man wie erfolgt das am besten und sichersten? Sind bei der Buchung für den Fall der Fälle auch Reiseversicherungen, eine Reiserücktrittsversicherung nötig? Man will ja möglichst alle eventuell anfallenden Risiken ausschalten. Wie kann die Bezahlung am bequemsten, am sichersten erfolgen?

Der Verband hat solche Fragen mit der Einführung einer Mastercard Gold Verbandskreditkarte bereits be-

antwortet, denn mit der Bezahlung der Reise mit der Verbandskreditkarte sind auch alle Versicherungen, auch die Reiserücktrittsversicherung für bis zu 4 gemeinsam Reisenden kostenlos inkludiert.

Zahlungsflexibilität im Reisezielgebiet bietet die Mastercard Gold Verbandskreditkarte allemal. Die Mastercard ist eins der weitverbreitetsten und akzeptierten Kreditkarten weltweit. In manchen Ländern wie Schweden können bis 98 % aller Ausgaben bargeldlos mit der Mastercard abgewickelt werden. Selbst in Deutschland ist die Bezahlung mit der Mastercard Verbandskreditkarte mittlerweile fast überall möglich.

Bei Auslandsreisen – weltweit – wird die Mastercard Gold Verbandskreditkarte keine Zusatzkosten wie eine Auslandseinsatzgebühr verursachen. Alle Ausgaben – bis auf Bargeld – werden 1 : 1 auf der Monatsrechnung aufgeführt. Bargeld im In – und Ausland kann man falls wirklich nötig auch mit der Verbandskreditkarte beziehen, dies kostet aber Geld. Nur bei Bargeld werden 1,73 % Zinsen vom Bezugstag bis Rechnungsausgleich berechnet, aber auch für diese Leistung wird weltweit keine Auslandseinsatzgebühr berechnet.

Die Mastercard Gold Verbandskreditkarte bietet somit Sicherheit, Flexibilität und Kosteneinsparungen. Eine gute Voraussetzung für einen angenehmen, sorgenfreien Urlaub. Alle Leistungseinzelheiten der Verbandskreditkarte wie auch Beantragungsmöglichkeiten werden auf der Internetseite des Verbands aufgeführt. Falls noch Fragen zur Verbandskreditkarte bestehen, steht unser Kooperationspartner John Kames john.kames@t-online.de oder 06423 9369860 / 0177 6622334 gern zur Beantwortung zur Verfügung. 

In eigener Sache

Versand der Impulse als PDF

Auf vielfache Nachfrage ist es nun möglich, die Impulse zukünftig als PDF zu erhalten.
Bitte mailen Sie uns dazu folgende Angaben an die Geschäftsstelle unter: glb-hessen@t-online.de

Name Wohnort
Vorname Postleitzahl
Straße

Sollten Ihre Adressdaten unvollständig oder nicht korrekt sein, bitten wir um Korrektur oder Ergänzung

☐ Ich möchte zukünftig die Impulse als PDF via E-Mail erhalten.

Bitte senden Sie mir diese an folgende E-Mail-Adresse:

In eigener Sache

Vervollständigung der Mitgliederdatensätze

Liebe Kollegin, lieber Kollege,
um Ihnen zeitnah und kostengünstig für Sie relevante Informationen über
→ Veranstaltungen des glb (Seminare, Berufsschultag, Personalratsschulungen ...),
→ Gesetzesänderungen (Beihilferecht, Besoldung, Tarifverhandlungen, Versorgungsrecht, Personalvertretungsgesetz ...) zukommen lassen zu können, benötigen wir Ihre E-Mail-Adresse.

Ich bitte Sie, der glb-Geschäftsstelle Ihre E-Mail-Adresse mitzuteilen.

Bitte senden Sie eine Mail mit Ihrem Vor- und Zunamen und Ihrem Wohnort an: glb.hessen@t-online.de

Ihre E-Mail-Adresse wird nur für glb-interne Zwecke verwendet. Sie wird nicht an Dritte weitergegeben.

Wir bedanken uns für Ihre Kooperationsbereitschaft und Ihre Mithilfe, die Kosten für den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten.

Der Landesvorstand

In eigener Sache

Änderungsmitteilungen

Liebe Kollegin, lieber Kollege,
bitte denken Sie daran, die glb-Geschäftsstelle zu informieren,

→ wenn sich Ihre Besoldungsgruppe geändert hat.

In der Freude über eine Beförderung, über die Beendigung des Vorbereitungsdienstes oder über eine Pensionierung wird dies leider oft vergessen.
Wir benötigen die Besoldungsgruppe und die Information, ob Sie in Vollzeit oder in Teilzeit beschäftigt sind.

Bitte teilen Sie uns auch mit, wenn

→ Sie die Dienststelle/Schule wechseln,

→ Teilen Sie uns bitte rechtzeitig mit, wenn sich Ihre Kontoverbindung ändert (die Mitteilungen der Änderung der Kontoverbindung muss 4 Wochen vor Beitrageinzug bei uns eintreffen, damit sie berücksichtigt werden kann).

Änderungsmitteilungen senden Sie bitte an: glb.hessen@t-online.de

Herzlichen Dank!

Der Landesvorstand

